

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 14. September 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunobel), Wilhelmshöhe, Post-Vergerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furrbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Nürnberger Tagungen der Sozialdemokratie. — Zeitsätze und Resolution zur Frage der sozialistischen Jugendorganisation. Von Klara Jettin. — Frauenbildungsvereine. Von den Berliner Genossinnen. — Die Jugendbewegung in Dänemark. Von Th. Stauning-Kopenhagen. — Die Gewerbeaufsichtsbeamten über die Frauenarbeit in Württemberg. Von Gh. — Schulspreizung. VII. Von Luise Kautsky. — Farzbilder. III. Von W. D. — Die Kinderschulkommission der Leipziger Genossinnen. Von Toni Frenzel.

Aus der Bewegung: Delegierte zur Frauenkonferenz und zum Parteitag in Nürnberg. — Anträge zur Frauenkonferenz. — Von den Organisationen. — Konferenz der Genossinnen des Wahlkreises Bochum. — Aus der Hamburger Frauenbewegung. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notiz der Zehnstelle Hannover des Fabrikarbeiterverbandes betreffend Schallplattenfabrik „Favorit“ in Hannover-Linden.

Notizenteil: Dienstofffrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Quittung.

Beilagen: Hunger. Von Otto Krille. (Gebicht). — Die „Schicht“ vom jüngsten Tag. Aus den Mägen des Steinklopfershamms. Von Ludwig Anzengruber.

Die Nürnberger Tagungen der Sozialdemokratie.

Es wird kein unwürdiges Präsidium sozialdemokratischen Lebens, Klassenbewusster proletarischer Tatkraft sein, das aus den Verhandlungen der heutigen Konferenz der Genossinnen erklingt, die dem außerordentlich bedeutungsvollen Parteitag der Sozialdemokratie zu Nürnberg vorangeht. Das verheißt die blühende Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung auch in den zwei Jahren, die seit der letzten Tagung der sozialdemokratischen Frauen zu Mannheim verfloßen sind. Ein achtunggebietendes Stück Arbeit ist von den Genossinnen geleistet worden. Mit Verständnis und Energie haben sie an den Aktionen des organisierten kämpfenden Proletariats teilgenommen und mit steigendem Erfolge ihre besondere Aufgabe erfüllt: die proletarischen Frauen dem allgemeinen Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zuzuführen und die zu Klassenbewusstem Leben Erwachten zu zielklaren, gefestigten Sozialdemokratinnen zu erziehen. Unter schwierigeren äußeren Umständen, unter größeren inneren Hemmungen noch als die Genossen mußten sie zum großen Teil ihre Überzeugung in die Tat umsetzen. Das verdient ihren Leistungen angerechnet zu werden und zeigt sinnfällig die lebendigen persönlichen Kräfte wertvollster Art, welche die sozialistische Erkenntnis im Proletariat weckt, sammelt und schult.

Bei aller Selbstständigkeit, die sie beanspruchen müssen, sollen sie ihrer Aufgabe gerecht werden, haben die Konferenzen der deutschen Genossinnen doch stets im engsten Zusammenhang mit dem Leben der sozialdemokratischen Partei gestanden. Nicht der äußere Zwang irgend welcher Paragraphen war maßgebend dafür, sondern lediglich die klare Erkenntnis von dem Wesen der sozialistischen Frauenbewegung als eines Teiles des proletarischen Emanzipationskampfes. So trugen die Beratungen und Beschlüsse dieser Tagungen im letzten Grunde stets den Charakter vorbereitender oder auch ausführender Arbeiten im Dienste einer übergeordneten allgemeinen Instanz. Die Nürnberger Frauenkonferenz wird die innere Verknüpfung der proletarischen Frauenbewegung mit der sozialdemokratischen Partei besonders hell in die Erscheinung treten lassen. Zwei der Fragen, die ihr Arbeitsprogramm bilden, werden auch den Parteitag beschäftigen: die Fragen der Neuorganisation der Genossinnen und der sozialistischen Jugendorganisation. Angesichts der Situation, welche in den letzten Wochen für die Sozialdemokratie durch die Zustimmung süddeutscher Landtagsfraktionen zum Budget geschaffen worden ist, und der hervorragenden Bedeutung, welche ihrer Klärung zukommt, dünkt es uns recht vorteilhaft, daß die Frauenkonferenz in der Behandlung der beiden Fragen dem Parteitag nicht etwa vorgeht, wohl aber vorarbeitet.

Mit der Neuorganisation der Genossinnen, welche das Reichsvereinsgesetz möglich und nötig macht, hat sich dieses Blatt wiederholt eingehend beschäftigt, und es erübrigt sich, zu ihr zu wiederholen, was bereits gesagt worden ist. Wir sind überzeugt, daß der besondere Tätigkeitsbericht der Vertrauensperson der Genossinnen in Verbindung mit der anschließenden Debatte und dem Referat von Genossin Fiech aufs wirksamste die bekannnten Vorschläge begründen wird, welche die Einbeziehung der Frauen in die sozialdemokratischen Wahlvereine betreffen. Er beweist, daß die Genossinnen weder mit leerer Hand noch mit leerem Hirn zur Partei kommen, daß sie grundsätzliche Schulung und praktische Arbeitstüchtigkeit mitbringen, wie die Früchte davon: Leistungen, welche dem gesamten kämpfenden Proletariat zum Vorteil gereichen. So wird er deutlich erkennen lassen, inwieweit sich bestimmte Organe und Einrichtungen der proletarischen Frauenbewegung bewährt haben und daher im Interesse ihrer kraftvollen Weiterentwicklung, das heißt nichts anderes als in dem der gesamten modernen Arbeiterbewegung der neuen Form der gemeinsamen Organisation von Genossen und Genossinnen angepaßt werden müssen. Auf den Parteitag wird die überzeugende Macht einer solchen Beweisführung sicher nicht ohne Eindruck bleiben, und so sind wir der festen Hoffnung, daß er die vereinzelt Bestrebungen abweist, denen die Tendenz eignet, mit dem toten Buchstaben der Organisationsform den lebendigen Geist der Organisation zu knebeln. So stark und einheitlich gestiftet die Organisation sein muß, welche alle Kämpfer für den Sozialismus ohne Unterschied des Geschlechts zusammenfaßt: so unabweisbar ist es, daß sie der proletarischen Frauenbewegung die Bewegungsfreiheit läßt, ohne welche diese unter den vorliegenden Verhältnissen weder die Massen der Proletarierinnen zu ergreifen, noch ihre eigenen Trägerinnen gründlich zu bilden vermag.

Was die viel und heiß umstrittene Frage der Jugendorganisation anbelangt, so ist unsere Auffassung aus den Zeitsätzen und der Resolution zu ersehen, welche die Leserinnen an anderer Stelle finden. Die Überfülle des Stoffes, dessen Veröffentlichung drängt, zwingt uns leider, von einer Begründung in einem besonderen Artikel abzusehen. Wir erinnern zur Frage an die Beiträge über die sozialistische Jugendbewegung im In- und Ausland, welche die „Gleichheit“ seit Jahren veröffentlicht hat. Nicht etwa, als ob wir der Meinung wären, daß alles, was sich in der sozialistischen Jugendbewegung des Auslandes als lebenskräftig erwiesen hat, schablonenhaft nach Deutschland übertragen werden müsse. Aber jedenfalls rückt das Beispiel ihrer Entwicklung verschiedene Tatsachen in klare Beleuchtung, die ihren Wert zur Beurteilung der strittigen Frage auch für uns haben.

Die sozialistische Jugendbewegung wächst überall elementar aus den Lebensbedingungen empor, welche der Kapitalismus für die jugendlichen Proletarier schafft. Sie setzt sich daher erfolgreich trotz aller Hindernisse durch, welche die Klassenherrschaft der Besthenden ihr entgegenwühlt, trotz aller Schwierigkeiten auch, die in der Natur der Sache selbst liegen. Für ihre Entwicklung ist sie im Guten wie im Schlimmen aufs engste mit der allgemeinen politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ihres Landes verknüpft, was durchaus nicht immer besagt, daß sie deren hervorstechendste Wesenszüge kopiert, sondern auch unter Umständen, daß sie diese zu dem entgegengesetzten Extrem umprägt. Die Selbstständigkeit ihres Lebens ist ebenso eine Grundbedingung ihres normalen Emporblühens wie die innigste innere Fühlung mit den proletarischen Kampforganisationen und eine freigebte Solidarität ihnen gegenüber.

Wir meinen, daß angesichts dieser allgemeinen Ergebnisse die deutsche Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften nicht bloß ruhig, nein, freudig daran gehen kann, die in Fluß gekommene sozialistische Jugendbewegung tatkräftig zu fördern. Die zielklare Klasseneinsicht der Proletariermassen, die sich in Deutschland politisch und gewerkschaftlich organisiert um das sozialdemokratische Banner scharen, ist die sicherste Bürg-

schaft für die gesunde Entwicklung einer Jugendbewegung, welche sich den allgemeinen proletarischen Emanzipationsbestrebungen eingliedert und ihnen zum Gewinn gereicht. Die Kraft und Geschlossenheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Erfahrungen in betreff aller Arbeit, die auf den Zusammenschluß der Massen, das Wirken unter ihnen abzwackt, wie im Kleinkrieg mit Büttelschneidigkeit und Juristenweisheit, sind ihrerseits Faktoren, die nicht verjagen lassen, wenn der Blick auf die Fanggruben fällt, welche das arbeitserfeindliche, polizeifromme Reichsvereinsgesetz der proletarischen Jugendorganisation stellt. Dazu kommt, daß das Klassenbewußte deutsche Proletariat, das auf dem Gebiet der Jugendbewegung nicht bahnbrechend und führend vorangegangen ist, vielmehr zögernd folgt, sich die reiche Fülle des praktischen Erfahrungsmaterials nutzbar machen kann, das im Ausland vorliegt.

Wir hoffen, daß Frauenkonferenz und Parteitag sich im Sinne unseres Standpunktes entscheiden werden. Daß dies nicht geschehen kann, ohne daß sie sich dabei in einen gewissen Gegensatz zu den Vorschlägen des Parteivorstandes und den Beschlüssen des Hamburger Gewerkschaftskongresses setzen, bedauern wir lebhaft. Dieser Gegensatz dünkt uns jedoch angesichts der wichtigen Sache, um die es geht, als das kleinere Übel, das außerdem durch die Entwicklung der Dinge selbst rasch aus der Welt geschafft werden dürfte. Dazu wird wesentlich beitragen, daß die sozialistische Jugendbewegung scharf ihre Hauptaufgabe erfährt: eine Bewegung zur Erziehung und Durchbildung der jugendlichen Proletariermassen im sozialistischen Geiste zu sein, die in naturgemäßem Gang von der Erkenntnis zum Wollen und Handeln leitet, nicht aber eine Art „Presse“, welche eine kleine Minderheit frühreifer, ihrer Eigenart nach auf öffentliche Betätigung gestellter Persönlichkeiten im Handumdrehen theoretisch und praktisch „dreifert“. Wir haben in dieser Beziehung, angesichts der oben hervorgehobenen Umstände, keine Ängste über das Wie der Entwicklung.

Zwischen der sozialistischen Frauen- und Jugendbewegung laufen viele verbindende Fäden hin und her. Dank ihrer persönlichen Lebensbeziehungen sind die Genossinnen besonders an der letzteren interessiert, haben sie die Möglichkeit und Pflicht, sie tatkräftig zu unterstützen. Damit schließt sich der Ring des Wirkens, das sie als Befeknerinnen des Sozialismus auf dem Blachfelde des Klassenkampfes wie im Heim entsalten müssen. Die Förderung der sozialistischen Jugendbewegung steht gleichsam als verbindendes Mittelglied zwischen beiden Arten ihrer Betätigung, sie führt das erzieherische Werk der Mutter weiter, leitet aber gleichzeitig zur Beteiligung am öffentlichen Leben über. So rechtfertigt es die innere Logik der Dinge, daß die Frauenkonferenz die Behandlung der Frage der Jugendorganisation der Erörterung der sozialistischen Erziehung im Heim folgen läßt. Es kann sich bei dieser Erörterung unseres Erachtens nicht um Aufstellung eines detaillierten Programms pädagogischer Weisungen handeln, vielmehr um die Aufzeichnung einiger großer Richtlinien, welche erkennen lassen, daß und wie ungeachtet aller erziehungsfeindlichen Mächte, welche in das Proletarierleben eingreifen, das Arbeiterheim zur Pflegestätte sozialistischer Gesinnung werden kann und muß. Wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß der Sozialismus im Leben der Eltern, zumal aber der Mütter, ein Höheres bedeutet, als eine politische und ökonomische Formel, deren Nichtigkeit unter dem lastenden Druck der Klassenlage einleuchtet: eine fruchtbare geistige Macht, welche den ganzen Menschen emporträgt, ihn zum Verstehenden und Handelnden in dem gewaltigen geschichtlichen Drama des proletarischen Klassenkampfes und damit der Menschheitsbeseelung macht. „Im Anfang war die Tat“, das ist die Erkenntnis, die jedes erzieherische Walten beherrschen muß. Auf die Betätigung sozialistischer Überzeugung im persönlichen Leben des einzelnen kommt es vor allem in dieser Beziehung an. Daneben aber müssen die Erziehenden den Kampf aufnehmen gegen alle die Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft — die Arme-

Leuteschule des Klassenstaates davon nicht ausgeschlossen — welche die Seelen der proletarischen Kinder knechten, verdümmen und vergiften, um sie der Zukunft ihrer Klasse zu entfremden. Nach dieser und der anderen Richtung hin gilt es, das Gewissen zu wecken und zu schärfen, damit der Sozialismus triumphierend über die Schwelle des proletarischen Heims getragen wird.

Die meisten Genossinnen, welche an der Frauenkonferenz teilnehmen, sind auch Delegierte zum sozialdemokratischen Parteitag, der dieses Jahr vor Beratungen und Entscheidungen von besonderer Tragweite steht. Bei dem Lebensinteresse, welches die Partei an einer unabweisbaren Stellungnahme zu dem Komplex der Fragen hat, die in dem Streitobjekt der Budgetbewilligung zusammengeballt sind, ist es unvermeidlich, daß manche zur Behandlung stehende Materie zu kurz kommen wird. Die Reichsfinanzreform kann unseres Erachtens aus der Tagesordnung ausscheiden, ohne daß in der Folge ein zersetzender Aufmarsch der Partei ohne Stoßkraft zur Abwehr des geplanten Beutetugs auf die Taschen der Arbeiterklasse zu befürchten wäre. Zum Kapitel der Sozialpolitik läßt sich im einzelnen ungenügend viel, im ganzen aber wenig Neues vorbringen. Was zur Sache selbst zu sagen ist, das wird unzweifelhaft Mollenhuths Referat trefflich zusammenfassen. Unseres Dafürhaltens ist es jedoch unabweisbar, praktische Konsequenzen aus der Konfrontierung der schwächlichen, verlogenen Sozialpolitik des Reichs und den Reformforderungen des Proletariats zu ziehen. Der Angelpunkt derselben scheint uns eine planmäßig vorbereitete und durchgeführte gemeinsame Aktion von Partei und Gewerkschaften für das sozialdemokratische Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsprogramm, eine Aktion, welche eine Bewegung auslöst, die über die Kreise der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft hinaus die Massen der Werktätigen mobilisiert, welche noch im Banne bürgerlicher Auffassungen stehen. Mit anderen Worten: die treue und geschickte sozialpolitische Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag muß durch den Vorstoß der Massen außerhalb des Parlaments ergänzt, an Kraft und Nachdruck gesteigert werden.

Die Frage der Märsche stellt den Parteitag vor eine schwierige Entscheidung, und das obendrein in einer Situation, die durch die drückende Krise und die nötige Solidarität mit der Gewerkschaftsbewegung kompliziert wird. Die Entwicklung der Märsche hat in Deutschland unserer Ansicht nach unter ihrem unglückseligen Anfang gelitten, und sie kann das um so weniger vermeiden, je mehr die Unterstützungfrage in den Vordergrund tritt. Wie schwer es hält, diese befriedigend zu lösen, erhellt aus der Tatsache, daß trotz der Kritik an dem diesbezüglichen Abkommen von Generalkommission und Parteivorstand bis zur Stunde doch keine Vorschläge zu einer anderweitigen Regelung der Frage vorliegen, die auf eine Majorität rechnen könnten. Aus scheint das wirksamste Mittel, den Unternehmerterrorismus zu zügeln, welcher die Märsche zum Vorwand nimmt, um sein Mäuschen an den klaffenbewußten Proletariern und ihren Organisationen zu kühlen, nicht das Abrufen, sondern das Aufrufen zur würdigen internationalen Demonstration. Eine kraftvolle Agitation muß in die breitesten Massen das Bewußtsein von der Bedeutung der Märsche tragen, gleichzeitig aber auch das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit und Opfermütigkeit bei jedem einzelnen wecken und steigern. Je imposanter die Scharen sind, welche der proletarische Weltfeiertag in Bewegung setzt, je entschlossener sie sich erweisen, um des idealen Gehalts ihrer Demonstration willen mit äußerster Selbsterleugnung auch materielle Opfer zu bringen, um so geringer wird der Anreiz der Kapitalisten zu Maßregelungen und Kräfteproben sein. Auf einer bestimmten Stufe schlägt der behudelte Idealismus der Massen in materielle Macht der Bewegung um.

Der leidenschaftlichste Meinungskampf wird unvermeidlich um die Budgetbewilligung entbrennen. Mit dem Drum und Dran der Umstände, die sie begleiten, den Ausblicken, die sie eröffnet, rollt sie in ihrem ganzen Umfange, in ihrer vollen Tragweite die prinzipiellen und tatsächlichen Gegensätze auf, deren Ringen nun seit zehn Jahren die Sozialdemokratie erschüttert, und die an den Namen des Revisionismus geknüpft sind. Welche Gründe es auch immer gewesen sind, welche die Annahme des Stats durch sächsischen Landtagsabgeordnete veranlaßt haben: die Logik der Dinge hat dazu getrieben, daß die Budgetbewilligung zu einer Kräfteprobe des revisionistischen Flügels in der Sozialdemokratie geworden ist.

Bei seinem Auftreten verkündete der Revisionismus stolz, daß die Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie sein Werk sein werde. Was hat er in dieser Hinsicht geleistet? Er hat die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zu effektiven Bettelstücken verlockt, mit denen unsere Gegner ihre Hoffnungen auf Spaltung oder Verbürgerlichung der

Sozialdemokratie nähren. Der Revisionismus verhielt der Bewegung auf Grund der verjüngten Theorie eine verjüngte, gesteigerte Praxis, eine breitere Wirkungsfläche, eine stärkere Stoßkraft. Wie sieht es damit aus? Seine theoretischen und taktischen Quertreibungen beschwören je länger je mehr die Gefahr herauf, die einheitliche, geschlossene Kampfesfront der Sozialdemokratie zu durchbrechen und dadurch die Wucht der Parteiaktionen zu schwächen. Der Grund- und Eckstein seiner Theorie und Praxis — der Glaube an die Milderung der Klassen-gegensätze und Klassenkämpfe, an die reformfreundliche Rolle der bürgerlichen Demokratie — er ist von dem ehernen Hammer der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu Staub zermalmt worden. Die freisinnige Blockpolitik ist die blutigste Verhöhnung seiner Grundsätze. Theoretisch und praktisch durch die Tatsachen seiner Ohnmacht überführt, offiziell von dem Parteitag zu Dresden zurückgeschlagen, ist der Revisionismus dennoch gewachsen.

Es würde zu weit führen, hier alle die Ursachen aufzuzählen, die dazu beigetragen haben und die bewirken, daß er in Teilen Süddeutschlands besonders kräftig in die Palme schießen konnte. Wie stark er geworden ist und wohin sein Kurs steuert, das haben die Ereignisse nun auch denen zum Bewußtsein gebracht, die seither keine Gefahr sehen konnten oder sehen wollten. Was auf dem Spiele steht, ist nicht mehr und nicht weniger als die grundsätzliche und organisatorische Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie, ihre Wesenheit als unveröhnliche Gegnerin der kapitalistischen Gesellschaft. Die Bewegungsfreiheit, die der Revisionismus für die Fraktionen, für die Landmannschaften begehrt, soll fürder weder an der prinzipiellen Auffassung noch an dem festen organisatorischen Gefüge der Partei ihre Schranken finden, auf daß es einzelnen Gruppen möglich sei, die Sozialdemokratie von innen heraus zur bürgerlichen Reformpartei „anzuhöhlen“. Auf einem Höhepunkt ihrer Entwicklung wird der Sozialdemokratie angefohnen, wieder zu ihren Anfängen zurückzukehren: zur Herrlichkeit in Theorie und Praxis. Und das angesichts nicht nur des warnenden Beispiels der Parteiverhältnisse in anderen Ländern, denen die grundsätzliche und organisatorische Einheit und Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie ein leuchtendes Beispiel war, sondern auch angesichts des immer festeren Zusammenschlusses aller Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft zur Niederzwingung der proletarischen Klassenkämpfer. „Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode.“

Vor vierzig Jahren hat der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg einen entscheidenden Schritt zur geistigen und politischen Emanzipation des Proletariats von bürgerlicher Auffassung und bürgerlichem Parteinutzen getan, indem er die wichtigsten Programmpunkte der Internationale auf die Fahne dieser Organisation schrieb. Eine stolze Entwicklung liegt zwischen damals und heute, ein inneres Reifen und äußeres Erstarken, das mit die glänzendsten Blätter der deutschen Geschichte füllt. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Parteitag zu Nürnberg die Ruhmestitel dieser Entwicklung hochhält, daß er allen Versuchen zur Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und zur Lockerung ihrer Reihen energisch die Türe weist.

Leitsätze und Resolution zur Frage der sozialistischen Jugendorganisation.

A. Leitsätze.

I.

Die sozialistische Jugendbewegung entsteht notwendig in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft. Sie ist das Ergebnis einerseits der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in ihrer Rückwirkung auf die materielle und geistige Lage, sowie auf das Familienleben des Proletariats, damit auf seine Fähigkeit zum Unterhalt und zur Erziehung des Nachwuchses, wie auch andererseits der Rückwirkung dieser Umstände zusammen auf die Revolutionierung der Stellung und des Bewußtseins der proletarischen Jugend selbst.

II.

Begünstigt durch die Not des Proletariats und die technischen Fortschritte der Produktion verwandelt das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals die jugendlichen Proletarier aus schutz- und erziehungsbedürftigen Angehörigen der Familie in selbständig erwerbende Lohnarbeiter in der Gesellschaft. Damit wird die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz aus der Familie in die Gesellschaft verlegt und das alte Verhältnis zwischen Eltern und Kindern von Grund aus umgewälzt, das auf dem absoluten Befehlsrecht der ersteren als wirtschaftlich Erhaltender und der ebenso absoluten Gehorsamspflicht der letzteren als wirtschaftlich Erhaltener beruhte. Die frühe wirtschaftliche Selbständigkeit der jugendlichen Proletarier hat ihre frühe geistige, moralische und soziale Selbständigkeit zur Folge. Die Pflicht,

ja der Zwang zur Selbsterhaltung zieht das Recht der Selbstbestimmung nach sich, das seinerseits die Möglichkeit zu freier, gesunder Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte des einzelnen in sich begreifen sollte.

III.

Im Triebwerk der kapitalistischen Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, losgelöst von der alten sozialen Gemeinschaft der Familie lernen sich die jungen Proletarier als eigenverantwortliche und eigenberechtigte Persönlichkeiten erkennen. Im Triebwerk der Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, werden sie aber auch gleichzeitig der neuen sozialen Gemeinschaft ihrer Klasse fest eingegliedert und begreifen sich als Gleiche unter Gleichen, als Lohnarbeiter unter der Masse der Lohnarbeiter, den gleichen sozialen Gesetzen der Lebensentwicklung und Lebensbetätigung unterworfen wie diese. Das Bedürfnis der jugendlichen Persönlichkeiten nach Schutz und Erziehung als Voraussetzungen für die Entwicklung der sich regenden leiblichen und seelischen Kräfte stößt an die sozialen Schranken der proletarischen Klassenlage und kann von dem bürgerlichen Klassenstaat, als dem politischen Herrschaftsorgan der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, nicht befriedigt werden. Es enthält sich den jugendlichen Proletariern als das Recht ihrer Klasse auf jene vollmenschliche Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit, welche dem Stande der heutigen Kultur entspricht. Dieses Recht wurzelt in der ökonomischen und sozialen Bedeutung des Proletariats, muß sich gegen die ausbeutende Minderheit und ihren Staat im bewußt geführten proletarischen Klassenkampf langsam durchsetzen und findet erst mit der Überwindung der kapitalistischen Ordnung und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft freier, gleichberechtigter Arbeiter seine volle Anerkennung und Verwirklichungsmöglichkeit.

Für die jugendlichen Proletarier fällt daher das Lebensinteresse ihrer Jugend mit dem Lebensinteresse ihrer Klasse zusammen und führt sie mit zwingender Logik zum Sozialismus.

IV.

Die Erziehung der jugendlichen Proletarierrassen im Geiste des Sozialismus und für die Ziele des Sozialismus ist daher die Aufgabe der sozialistischen Jugendbewegung. Diese Aufgabe sucht sie auf dem Wege der proletarischen Selbsthilfe zu lösen, und zwar dadurch, daß sie erstens planmäßig der Verkümmern und Vernichtung körperlichen und geistig-sittlichen Lebens entgegenwirkt, welche der proletarischen Jugend als Folge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, der Mängel ihrer Erziehung in der Kindheit durch Haus und Schule und bestimmter verwerthender Einflüsse der kapitalistischen Gesellschaft droht; zweitens ebenso planmäßig die normale Entwicklung dieses Lebens durch die Vermittlung materieller und ideeller Bildungselemente fördert. Die Durchdringung der proletarischen Jugendmassen mit der sozialistischen Erkenntnis, als der Vorstufe zum Wollen und Handeln, welche die sozialistische Jugendbewegung erstrebt, muß das Schlusergebnis eines normalen geistig-sittlichen Entwicklungsprozesses sein. Zu diesem Zwecke muß sich die sozialistische Jugendbewegung vor allem die wissenschaftliche Erkenntnis der eigengesetzlichen Entwicklung von Natur und Gesellschaft nutzbar machen, wie auch der persönlich hebenden Bildungselemente des Natur- und Kunstgenusses. Zu diesem Zwecke muß sie aber auch bei Vermittlung des Bildungsstoffs wie der Prägung ihres gesamten inneren und äußeren Lebens berücksichtigen, was die moderne Pädagogik betrifft der gesunden Entwicklung der leiblichen und geistigen Kräfte festgestellt hat.

V.

Die sozialistische Jugendbewegung kann die ihr gestellte Aufgabe nur erfüllen als spezifisches Organ, beziehungsweise Glied des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, von dem sie Ziel und Inhalt empfängt. Sie muß daher im engsten geistigen und soweit es möglich ist auch organisatorischen Zusammenhang mit den reifen Trägern dieses Kampfes bleiben, auf deren Unterstützung durch Rat und Tat sie als eine Bewegung reisender Kräfte angewiesen ist. Gleichzeitig bedarf sie aber zur erfolgreichen Erfüllung ihrer spezifischen Aufgabe der eigenen Organisation. Diese muß entsprechend dem Ziel — der Erziehung der proletarischen Jugend zum bewußten und organisierten Handeln als Masse im modernen Klassenkampf — volles Selbstbestimmungsrecht besitzen. Die Schranke ihres Selbstbestimmungsrechts bildet nicht die Autorität der Organisationen Erwachsener, welche das alte Familienverhältnis zwischen Eltern und Kindern sozial reproduzieren würde, sondern lediglich das Interesse der Gesamtbewegung.

VI.

Die sozialistische Jugendbewegung bedeutet eine der wichtigsten geschichtlichen Lebensäußerungen, deren Tendenz darauf hinausgeht, den von der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, von der bürgerlichen Ordnung entwickelten Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwicklung und gesellschaftlicher Betätigung des Menschen bereits im Rahmen der bestehenden Ordnung bewußt zu überwinden und damit geschichtlich der sozialistischen Gesellschaft voranzuarbeiten, die nicht bloß in ökonomischer und politischer, sondern auch in geistig-sittlicher Beziehung eine neue einheitliche Weltanschauung verwirklichen wird. Praktisch stellt sich die sozialistische Jugendbewegung dar als einen Teil des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, und zwar als einen solchen Teil, der mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktion, der Verschärfung der Klassen-gegensätze und der Zuspitzung der Klassenkämpfe an Bedeutung gewinnt. Die reife, kämpfende Generation des

Klassenbewußten Proletariats darf nicht tatenlos zusehen, daß dessen jugendliche Glieder in dem kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb zu Lohnträgern und Streifbrechern, in der Kaserne zu Werkzeugen der brutalen Gewalt herabgewürdigt werden, welche die kapitalistische Klassenherrschaft schützen und verewigen sollen; daß bürgerliche Bewegungen Geist und Herz der proletarischen Jugend ihrer eigenen Klasse und deren historischen Aufgaben entfremden und mit bürgerlicher Ideologie vergiften. Sie muß, je mehr ihr zielklarer Kampf das Gebiet ihrer Betätigung erweitert und die vorliegenden Aufgaben spezialisiert, um so eifriger darauf bedacht sein, Träger der proletarischen Emanzipationsbestrebungen zu erziehen, die eine gründliche und feste theoretische Erkenntnis mit praktischer Wirkungsfähigkeit und tatkräftigem, zukunftsrohem Idealismus verbinden. Sie bedarf der vorwärtstreibenden, geistigen und sittlichen Vorzüge der Jugend als eines wesentlichen Faktors, der ihre eigene Bewegung jugendfrisch und jugendkräftig erhält. Sie ist im Hinblick auf das Endziel des Proletariats verpflichtet, für das Heranwachsen eines Geschlechtes zu sorgen, das ihr eigenes Werk im besten geschichtlichen Sinne weiterführt, das heißt überflügelt. Das gesamte kämpfende Proletariat muß daher Mitträger der sozialistischen Jugendbewegung sein.

VII.

Um in diesem Sinne seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, muß es der sozialistischen Jugendbewegung die Bewegungsfreiheit sichern, deren sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf. Es muß ihr gleichzeitig moralisch und materiell alle Beihilfe gewähren, die zur Erreichung ihrer Ziele erforderlich ist und den großen grundsätzlichen Richtlinien des sozialdemokratischen Bildungsprogramms entspricht. (Siehe Resolution zum Mannheimer Parteitag.) Als Aufgabe des gesamten kämpfenden Proletariats erfährt und vom gesamten kämpfenden Proletariat getragen, wird die sozialistische Jugendbewegung zum gewaltigsten Stück sozialpädagogischer Praxis, das die Geschichte kennt.

B. Resolution.

Die Konferenz sozialdemokratischer Frauen zu Nürnberg stimmt den ihr vorliegenden Leitfäden zur Frage der sozialistischen Jugendorganisation und den sich aus ihnen ergebenden praktischen Konsequenzen zu.

Sie begrüßt aufs freudigste die internationale sozialistische Jugendbewegung als ein wichtiges, ja unentbehrliches Glied der proletarischen Emanzipationsbestrebungen.

Dem Ziel und dem Wesen der sozialistischen Jugendbewegung entsprechend können ihre Aufgaben am erfolgreichsten in besonderen Jugendorganisationen erfüllt werden, welche die schulentlassenen jugendlichen Proletarier beider Geschlechter aufnehmen und volles Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung besitzen, deren Leitungen jedoch Vertreter des gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariats mit beratender Stimme zur Seite stehen.

Wo die Gründung solcher Organisationen nicht möglich ist, sind zweckentsprechende Jugendbildungscommissionen zu konstituieren.

Die Vereine und Kommissionen haben in engster innerer Fühlung und, wo es das Gesetz erlaubt, auch in organisatorischer Verbindung mit den übrigen Organisationen des Proletariats zu stehen. Ihre Hauptaufgabe ist, im Geiste der Resolution über die Bildung der arbeitenden Jugend, welche die internationale sozialistische Jugendkonferenz zu Stuttgart angenommen hat, die körperliche und geistig-sittliche Entwicklung der jungen Proletarier zu fördern. Sie sind daher organisch besonders mit den Bildungsinstitutionen zu verbinden, welche das klassenbewußte Proletariat in immer größerer Zahl und Vollkommenheit zu schaffen begiint. Inwieweit sie sich neben dem hervorgehobenen Hauptziel im Interesse der proletarischen Jugend oder des gesamten Proletariats der Erfüllung von Sonderaufgaben zuwenden (Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz, Verbreitung von Aufklärung über das Wesen des Militarismus usw.), können sie nicht allein entscheiden, sondern nur gemeinsam mit den in Betracht kommenden Organisationen des Proletariats.

Wo es die Verhältnisse irgendwie gestatten, sind die Institutionen zur Jugendbildung in zwei Sektionen zu gliedern, von denen die eine für die jungen Proletarier bis zum Alter von 16 Jahren, die andere für die über 16 Jahre bestimmt ist.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwicklung die Charakterbildung fördert.

Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sind verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung moralisch und materiell in weitgehender Weise zu unterstützen.

Neben der direkten Förderung, die sie ihr zuteil werden lassen müssen, können sie ihren Bestrebungen im besonderen noch förderlich sein durch die Errichtung von Bibliotheken und Lesezimmern, durch die Beschaffung von Lokalkästen ohne Trinkwang, von Gärten und Spielplätzen, durch eine zweckentsprechende Gestaltung ihrer Feste und Ausflüge und auf andere geeignete Weise.

Es ist des weitern ihre Pflicht, ihre Mitglieder unablässig daran zu erinnern, was sie als Eltern, Arbeitskameraden und Freunde den jugendlichen Proletariern schuldig sind: Das Beispiel eines Lebens, welches die geistig und sittlich hebende Macht der sozialistischen Ideen verkörpert; ein Verhalten, das von jener Achtung und Sympathie durchdrungen ist, auf welches die Leidens-

genossen von heute, die heranreifenden, gleichverpflichteten und gleichberechtigten Kampfgenossen von morgen ein Recht haben; das ernstliche Bemühen, der sozialistischen Jugendbewegung neue Mitglieder zu werben und ihr Wirken zu unterstützen.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu Nürnberg beauftragt ihr Bureau, ihre Beschlüsse wie die vorliegenden Leitfäden dem sozialdemokratischen Parteitag zu überweisen und vor ihm vertreten zu lassen. Sie verpflichtet alle Genossinnen, mit regstem Eifer für die praktische Durchführung der gefassten Beschlüsse zu wirken. Klara Zetkin.

Frauenbildungsvereine.

In der Generalversammlung der Delegierten von Groß-Berlin wurde unter den auf die Frauenorganisation bezüglichen Beschlüssen auf Antrag des Zentralvorstandes auch folgender Passus angenommen: „Die Generalversammlung wünscht, daß der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein sich am 1. Januar 1909 auflöst, wenn bis dahin — entsprechend den Beschlüssen des Parteitages in Nürnberg — die Frage der Organisation der weiblichen Jugend für Berlin geregelt ist.“

Der Wunsch, den Berliner Frauenbildungsverein bei Gelegenheit der Neuregelung der Frauenorganisation aufzuheben, ist jedenfalls geeignet, auf alle die Genossen und Genossinnen verwirrend einzuwirken, die aus eigener Erfahrung wenig oder nichts von der Arbeit des Vereins wissen. Daß aber um so mehr, da er ohne jedweden Versuch einer Motivierung ausgesprochen worden ist. Es erscheint uns deshalb dringend nötig, die bisherige Tätigkeit des Vereins zusammenfassend vor der Öffentlichkeit zu betrachten, sowie im Anschluß daran darzulegen, weshalb unserer Auffassung nach auch nach dem Inkrafttreten der neuen Frauenorganisation derartige Vereine noch ein reiches Feld für ihre Aufklärungsarbeit verbliebe.

Schon in dem Artikel der „Gleichheit“ über Frauenbildungsvereine wurde richtig hervorgehoben, daß diese Organisationen in der nun abgeschlossenen Periode, die in den meisten Bundesstaaten die Frauen von einer direkten politischen Mitarbeit in der Partei ausschloß, in ganzen Bezirken „den organisatorischen und geistigen Mittelpunkt darstellten, von dem aus klassenbewußtes Leben unter das weibliche Proletariat getragen wurde“. Diese Aufgabe bei der Zwitterstellung der Vereine und unter den fortwährend drohenden Konflikten mit der Polizei zu erfüllen, erforderte eine besonders geschickte Leitung und eine ebenso vorsichtige wie fachkundige Auswahl der Themen sowohl wie der Vortragenden. Im großen ganzen gingen die Vereinsleitungen dabei von dem Gedanken aus, daß jede Aufklärung der Proletarierinnen über wirtschaftliche, geschichtliche oder geistig wissenschaftliche Zusammenhänge, die von einer sozialistischen Weltanschauung getragen ist, die Frauen schon an sich Schritt um Schritt auch zu politischem Interesse und zu klarem Erfassen der Parteitätigkeit und ihrer Ziele erziehen müsse. Die Tatsachen haben dieser Anschauung recht gegeben. Überall, wo der Boden dafür vorhanden war und geeignete Kräfte die Leitung der Vereine übernehmen konnten, gewannen diese in langsamer, aber immer steigender Entwicklung die intelligentesten und geistig interessiertesten Proletarierinnen zu Mitgliedern und erzogen durch ihre stetige und vielseitige Aufklärungsarbeit einen Stamm denkender, bewußter Sozialdemokratinnen. Eine ganze Reihe von ihnen hat sich im Laufe der Jahre dann so weit geistig fortgebildet, um selbständig in der Agitation tätig sein zu können. In dem Berliner Verein speziell sind die Erfolge nach dieser Richtung hin während seines jetzt elfjährigen Bestehens bedeutend gewesen; es ist kaum übertrieben, wenn man behauptet, daß der Verein hier einen der Brennpunkte der Arbeiterinnenbewegung dargestellt hat. Daneben aber erfüllte er noch eine besondere Aufgabe für einen sicherlich recht großen Kreis solcher Arbeiterinnen und Mädchen, in deren Natur die Anteilnahme am eigentlich politischen Leben weniger liegt, die sich dagegen mit starkem Interesse zu besonderen geistigen Gebieten, zu literarischen, künstlerischen, naturwissenschaftlichen Fragen, zu Diskussionen über Erziehungsprobleme und dergleichen hingezogen fühlten. Alle solche Interessen konnten im Verein zu ihrem Recht kommen, da die Leitung sich grundsätzlich bemühte, Abwechslung in ihre Programme zu bringen, den Frauen nach den verschiedensten Seiten hin Anregung zu bieten und vor allem — was ihr durch die Größe des Vereins möglich war — Vorträge und Veranstaltungen stets auf einer Höhe zu halten, wie sie naturgemäß nicht in jedem kleinen Arbeiterkreise erreicht werden kann.

So ist in dem Berliner Frauenbildungsverein in mehr als 10jährigem mühevollen Aufbau eine Stätte geistiger Kultur und wirtschaftlich politischer Aufklärung geschaffen worden, die die proletarischen Frauen mit Genugtuung als ihr eigenes Werk betrachten dürfen, und die die Mitglieder auch als solches nach seinem vollen Werte zu würdigen wissen. Das bewies zum Beispiel die Stimmung in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Vereins, in der nach dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes die Frage einer etwaigen Auflösung erörtert werden mußte. Sämtliche Mitglieder waren sich darüber einig, daß der Verein unbedingt bestehen bleiben müsse, solange seine Aufgaben nicht in ganzem Umfange durch andere Organisationen abgelöst werden können; ja, fast alle Rednerinnen vertraten die Ansicht, daß ihm sehr wahrscheinlich stets ein weites Tätigkeitsfeld verbleiben werde, da gerade für die Art seines Wirkens schwerlich irgendwo ein vollwertiger Ersatz zu schaffen sein dürfte.

Außerordentliches Erstaunen mußte es deshalb unter den Berlinerinnen Genossinnen wachrufen, als die Genossen in der Generalversammlung plötzlich den angeführten Wunsch der Auflösung des Vereins aussprachen. Wäre dieser Wunsch motiviert zum Ausdruck gekommen, so könnten wir uns darauf beschränken, die angeführten Argumente in der Öffentlichkeit zu widerlegen. Da die Genossen aber eine Begründung nicht für nötig hielten, müssen wir annehmen, daß ihr Wunsch vorwiegend aus ihrer sehr mangelhaften Kenntnis der Vereinstätigkeit resultiert.

Es sind sicherlich Gründe vorhanden, die bei der ganz neuen Situation, die das Vereinsgesetz für die Frauen geschaffen hat, wirklich für eine Aufhebung sämtlicher Frauenbildungsvereine zu sprechen scheinen, Gründe, die gewiß auch auf dem Parteitage ins Feld geführt werden dürften. Es werden unstreitig viele Genossen das Folgende geltend machen: 1. Jeder Frauenbildungsverein stelle eine sogenannte Sonderorganisation dar, die jetzt keine Existenzberechtigung mehr habe, da die Frauen sich gemeinsam mit den Männern organisieren können. 2. Die Bildungs- und Organisationsarbeit unter den Frauen, die die Partei bisher unter dem Zwang des früheren Gesetzes Frauenbildungsvereinen übertragen mußte, sei jetzt ziellarer und einfacher für beide Geschlechter gemeinsam durch die politischen Organisationen und ergänzend allenfalls durch ebenso gemeinsame Bildungsveranstaltungen zu übernehmen.

Bei dieser Argumentation übersieht man unseres Erachtens einen sehr wichtigen Punkt. Für die politische ebenso wie für die gewerkschaftliche Arbeit des Proletariats erscheint es sicher als das Ideal, daß Männer und Frauen in voller Gleichberechtigung, mit gleicher Hingabe und gleichem Eifer für die Ziele der Sozialdemokratie kämpfen, und es ist keiner der schlechtesten Ruhmestitel der Partei, daß sie aus ihrer sozialistischen Weltanschauung heraus sich als die erste und bisher einzige theoretisch für diese absolute Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzt. Aber zwischen Theorie und Praxis bleibt sehr verhängnisvollerweise auch hier noch ein weiter Schritt. Auch im Proletariat vermögen die Frauen durch die Erkenntnis des Ideals der Gleichberechtigung allein noch nicht sofort eine durch Jahrtausende lange Tradition genährte geistige Minderentwicklung abzuschütteln, auch im Proletariat — und gerade hier am meisten — leiden sie gegenüber den Männern unter einer sie schwer hemmenden doppelten Belastung. Sie stehen zu Hunderttausenden im Erwerbsleben und sind zugleich durch Hauswirtschaft und Mutterschaft gebunden. Es ist nur zu natürlich, daß sich vorläufig bei jeder Zusammenarbeit von Männern und Frauen auch in der Sozialdemokratie diese Hemmungen und Entwicklungsdifferenzen zuungunsten der Frauen bemerkbar machen. Bis auf wenige der Vorgesrittensten wagen die Frauen in gemeinsamen Versammlungen usw. selten, den männlichen Genossen gegenüber ihre Meinung voll zur Geltung zu bringen, um so weniger, als die Genossen der Praxis der Gleichberechtigungstheorie belanntlich auch nicht immer huldigen.

Deshalb müssen gerade allen denen unter uns, die nicht bloß dem Namen, sondern dem wirklichen Wesen nach die politische Zusammenarbeit der Geschlechter erstreben, alle Einrichtungen besonders förderenswert erscheinen, die — wie jeder gut geleitete Arbeiterinnenverein — der geistigen Aufklärung des weiblichen Proletariats dienen und dadurch erst für die politische Arbeit einen Stamm geschulter, den Männern ebenbürtiger und deshalb tatsächlich gleich tätiger Genossinnen heranbilden.

Dies ist der eine Gesichtspunkt. Daneben spricht noch eine andere Erwägung ebenso stark für die Frauenbildungsvereine.

Die Besonderheit des Weibes als Geschlechtswesen, als Ehefrau, als Mutter, die Konflikte, die sich aus der erwähnten Doppelaufgabe der Frau, ihrer gewerblichen und zugleich mütterlichen Anspruchnahme ergeben, die Stellung des weiblichen Geschlechts in der geschichtlichen Entwicklung — aus alledem ergibt sich ein weiter Kreis von Fragen und Problemen, deren Erörterung selbstredend der Frau sehr viel näher liegt als dem Manne und auch für sie von ungleich höherer Bedeutung ist. Es ist gewiß nicht anzunehmen und kann auch schwerlich von den Genossinnen gefordert werden, daß für Männer und Frauen gemeinsame politische oder sonstige Veranstaltungen der Besprechung und Diskussion solcher speziellen Frauenfragen nur annähernd den gleichen Raum gewähren könnten wie ein Frauenbildungsverein.

Nun wird man vielleicht in Parteikreisen darauf hinweisen, daß die jetzt überall entstehenden Bildungsausschüsse sehr wohl in der Lage seien, in ihren Vorträgen auch den besonderen Erfordernissen der Frauenagitation volle Berücksichtigung zu widmen. Und in der Tat! Wir können alle nur hoffen, daß die Bildungsarbeit in der Partei einmal auf solcher Höhe stehen und mit so reichen Mitteln und Kräften arbeiten werde, daß sie selbst derartige Spezialaufgaben wirklich umfassend zu erfüllen vermag. In diesem Falle werden sicher alle Sonderorganisationen — also auch die Frauenbildungsvereine — mit Freuden ihre Tätigkeit zugunsten der größeren einheitlichen Organisation niederlegen. Vorläufig aber sind das doch nur Intensionspläne, und es gälte wohl mit Recht als töricht, ein schon bestehendes, in jahrelanger Arbeit aufgebautes, in seinen Wirkungen erprobtes Organisationsgefüge einzureißen, bevor ein weiterer und besserer Bau bereits an seiner Stelle steht.

So glauben wir in aller Kürze den Genossen dargelegt zu haben, weshalb gegenwärtig die Auflösung des Berliner Frauenbildungsvereins unserer Anschauung nach ein schwerer Fehler wäre. Es bleibt uns schließlich noch übrig, auf einen Punkt in der Beschlüßfassung der Generalversamm-

lung hinzuweisen, der ebenfalls zu Mißverständnissen Anlaß bieten könnte. Die Generalversammlung sprach den Wunsch der Auflösung des Vereins aus, falls bis zu dem dafür vorgeschlagenen Termin die Frage der Organisierung der weiblichen Jugend für Berlin geregelt sei.

Es geht aus unseren Ausführungen bereits zur Genüge hervor, daß wir die Bedeutung und das Wirkungsfeld des Arbeiterinnenvereins durchaus nicht in erster Reihe in der ihm erst sehr kürzlich angegliederten Abteilung für die weibliche Jugend sehen. Diese Jugendsektion in ihrer gegenwärtigen Form ist dem Verein nicht einmal aus dessen eigenster Initiative angeschlossen worden, sondern auf den ausdrücklichen Wunsch der Berliner Genossen, mit dem sich allerdings eine gleichzeitige Anregung verschiedener Vereinsmitglieder begegnete. Es lag in dem Wesen eines Frauenvereins und entsprach auch dem erwähnten Wunsche der Berliner Genossen, daß sich der Verein zunächst der weiblichen Jugend annahm. Eine prinzipielle Anschauung, daß etwa gerade eine solche besondere Organisation für jugendliche Proletarierinnen die allein richtige Jugendorganisationsform darstelle, gab dabei durchaus nicht den Ausschlag.

Die deshalb die Frage der Jugendorganisation auf dem Parteitag geregelt wird, und ob nach dieser Regelung die Jugendabteilung des Vereins bestehen bleibt oder nicht — das alles berührt für uns ganz und gar nicht das Wesen der Frage. Es ist vielmehr die Aufgabe der Genossen und Genossinnen auf dem Parteitag, vor allem die Bedeutung der Frauenbildungsvereine für die proletarische Frauenwelt zu prüfen und danach allein ihre Entscheidung zu treffen. Berliner Genossinnen.

Die Jugendbewegung in Dänemark.

Gleichwie in verschiedenen anderen Ländern ist auch in Dänemark eine sozialistische Jugendbewegung in Fluß gekommen, welche sich jedoch nach verschiedenen inneren Zwistigkeiten in zwei Richtungen geteilt hat.

Die ersten Jugendvereine wurden errichtet und arbeiteten als Bildungs-, Agitations- und Debattierclubs. Es ward namentlich Wert darauf gelegt, daß ihr Wirken den Zustrom der jungen Leute zu den christlichen Jugendvereinen hemmte, welche einen religiösen und patriotischen Charakter tragen und Mitglieder für den christlichen Arbeiterverband züchten. Der genannte Verband hat auf gewerkschaftlichem Gebiet die Kräfte zersplittert und sich namentlich durch Auslieferung von Streikbrechern bei gewerkschaftlichen Kämpfen ausgezeichnet. Wenngleich sein Anhang nicht bedeutend war, mußte doch ein Anknüpfen gegen ihn als sehr nützlich erscheinen. Die sozialdemokratische Partei unterstützte deshalb auch die Jugendbewegung mit Literatur und Rednern, ebenso wie die sozialistischen Jugendvereine ihre Tätigkeit auf den Anschluß an die sozialdemokratische Partei basierten und ihre Agitation unterstützten.

Indessen drangen sehr bald halb- und ganzanarchistische Elemente in die Jugendvereine ein und bemächtigten sich ihrer Leitungen, wodurch ihre Tätigkeit mehr und mehr in einen Gegensatz zur Partei geriet. Gleichwohl lösten sich diese Organisationen nicht von der Partei los, sondern suchten im Gegenteil Unterstützung bei dieser, welche ihnen tatsächlich in verschiedener Form zuteil wurde, unter anderem auch in Gestalt von materiellen Zuschüssen seitens mehrerer zur Partei gehörender Vereine. Ein Teil der Leiter der Jugendbewegung griff jedoch ununterbrochen die Partei, ihre Politik, ihre Taktik und ihre Vertrauensleute in der heftigsten Weise an. Natürlich waren die Angriffe grundlos, und das Resultat war, daß die Jugendbewegung ins Stocken und immer mehr in das anarchische Fahrwasser geriet. Nach und nach sammelten sich in den Vereinen Personen, die sich für Anarchisten, „revolutionäre“ Sozialisten, Antiparlamentarier usw. erklärten, während die arbeitende Jugend selbst sich nur in geringer Zahl an ihnen beteiligte.

Unter diesen Umständen kam es zu einer Spaltung. Ein Teil der Vereinsmitglieder, deren Absicht war, die jungen Leute zur sozialistischen Parteiarbeit zu erziehen, kehrten den Organisationen den Rücken und gründeten im Jahre 1906 den Sozialdemokratischen Jugendverband. Diese neue Organisation erklärt in ihrem Programm, daß sie es als ihre Aufgabe betrachtet, in Anschluß an die sozialdemokratische Partei durch Agitation und Aufklärung unter der arbeitenden Jugend zu wirken. Dank diesem Programm hat der Verband bald eine verhältnismäßig große Mitgliederzahl gesammelt und ein gutes Stück Agitations- und Aufklärungsarbeit geleistet. Er hat Sektionen in circa 25 Städten, zählt über 2000 Mitglieder und gibt ein eigenes achtseitiges Organ, „Vorwärts“, heraus, welches in sozialistischem Geiste redigiert wird und prinzipielle Fragen behandelt.

Die ursprüngliche sozialistische Jugendorganisation schmolz selbstverständlich infolge der Spaltung stark zusammen. Sie zählte nur noch ein paar hundert Mitglieder, welche ihre negative Kritik der Partei fortsetzten. Es fehlte jedoch zunächst noch an einer vollen reinlichen Scheidung, weil ein Teil sozialdemokratischer Mitglieder in dem Verband verblieben waren. Die nötige Klärung wurde auf dem Kongreß des Sozialistischen Jugendverbandes herbeigeführt, der im April dieses Jahres stattfand. Hier kam es zu dem definitiven Bruch mit der Partei. Die Majorität der Delegierten nahm nämlich eine syndikalistisch-anarchistische Resolution an, welche das Programm für die weitere Tätigkeit des sogenannten sozialistischen Jugendverbandes bilden soll. Im folgenden einen Satz daraus:

„Wir wollen der parlamentarischen Tätigkeit in jeder Form entgegenarbeiten, weil diese die Selbstständigkeit der Arbeiter schwächt und den Autoritätsglauben erzeugt.“

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig; Leute, die dieser Auffassung sind, können keine Mitspieler in der sozialdemokratischen Bewegung sein.

Der letzte Rest der sozialdemokratisch gesinnten Mitglieder verließ nun den Verband, dem nur eine winzige Anzahl Personen verblieb, welche lediglich den Zweck verfolgen, den Namen der Jugendorganisation zu anarchisistischer Agitation zu mißbrauchen. Bemerkenswert ist, daß die nämlichen Leute kurz nach der Abhaltung ihres Kongresses die Leitung eines Sonderorgans in die Hand nahmen: des „Sozialistischen Arbeiterblattes“.

In letzter Zeit waren in Dänemark einige „gelbe“ Gewerkschaften entstanden. Ihre Mitgliedschaft rekrutiert sich aus Mitgliedern der Fachvereine, welche entweder wegen der zu entrichtenden Beiträge unzufrieden waren oder welche dank ihrer Unfähigkeit nicht vermocht hatten, sich zu den Stellungen in der Arbeiterbewegung emporzuarbeiten, die sie einnehmen möchten. Diese Elemente versuchten mit Unterstützung solcher Mißvergünstiger, welche überall anzutreffen sind, eine Sonderbewegung der Arbeiter. Diese hat jedoch nur eine sehr geringe Bedeutung. Auch das von diesen Elementen herausgegebene und redigierte Organ ist nach Umfang und vor allem nach seinem Inhalt herzlich unbedeutend. Abonnenten hat es so gut wie keine, und es wäre schon wieder eingegangen, wenn es nicht durch Kredit und ähnliche Hilfe von den Kapitalisten über Wasser gehalten würde. Die sogenannten „jungen Sozialisten“ erhielten an dem Blatt leitende Stellungen und redigierten es ganz in demselben syndikalistisch-anarchistischen Geist, der in der oben angeführten Resolution zum Ausdruck kommt. In Dänemark ist jedoch kein Boden für das Blatt und für die Bewegung vorhanden, deren Organ es ist. In der kurzen Zeit, seitdem der Sozialistische Jugendverband besteht, kann man seinen Rückgang zahlenmäßig verfolgen, und allerorten herrscht in den Reihen seiner Mitglieder Zerfahrenheit.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation dagegen scheint alle Bedingungen für eine gesunde Entwicklung zu besitzen. Sie hat eine kräftige Aufklärungsarbeit unter der Jugend begonnen, sie wirkt für die Errichtung einer Bibliothek, sie veranstaltet sowohl politische wie wissenschaftliche Vorträge und hilft mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften eifrig mit, den Sozialismus unter die Massen zu tragen.

Die dänische Jugendbewegung hat in den sechs bis acht Jahren, seitdem sie besteht, verschiedene Entwicklungsstadien durchgemacht. Nun scheint sie festen Boden unter den Füßen gewonnen zu haben in einer Organisation, welche ein klares Programm besitzt und in Übereinstimmung mit der modernen Arbeiterbewegung und zu deren Nutzen wirkt. Die unklaren Elemente sind ausgeschieden worden und haben sich in einer Bewegung gesammelt, die einzig und allein den Zweck verfolgt, soviel als möglich von dem niederdreißigen, was die Arbeiterbewegung mühsam aufbaut. Aber, wie bereits hervorgehoben: es fehlen die Bedingungen, welche dieser Bewegung Bedeutung verleihen könnten, sie wird bald abwirtschaften. Die Zukunft gehört dem sozialdemokratischen Jugendverband, der sich als ein wertvolles Glied der modernen Arbeiterbewegung erweist.

Zh. Stauning-Kopenhagen.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten über die Frauenarbeit in Württemberg.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg über das Jahr 1907 beschäftigten die Fabriken und die Anlagen, die den Fabriken bezüglich des geschlichen Arbeiterschlusses gleichgestellt sind, 61 696 Arbeiterinnen gegen 58 129 im Vorjahr.

Die Zahl ist also nicht unerheblich gestiegen, und zwar auch etwas stärker als die Zahl der männlichen Arbeiter.

Eine Zunahme der Frauenarbeit weist unter anderen die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate auf. Dies ist nach den Beobachtungen der Gewerbeaufsichtsbeamten wohl darauf zurückzuführen, daß die Uhren- und die Harmonikaindustrie immer mehr Arbeiterinnen zur Verrichtung leichter Arbeiten einstellen. Außerdem arbeiten jetzt Arbeiterinnen an den Spulentwickelmaschinen in Fabriken für Elektrotechnik, an Revolverdrehbänken in der Schraubenabteilung einer Automobilfabrik, in verschiedenen Branchen der Feinmechanik und anderen, was bisher nicht der Fall war. Die Handierungen, die diesen Arbeiterinnen übertragen sind, sollen für den weiblichen Organismus nicht ungeeignet sein, sie erfordern wenig körperliche Anstrengung, dagegen Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit bei der Bedienung der Maschinen. Diese Eigenschaften aber würden, wie es heißt, bei den Arbeiterinnen vielfach in höherem Maße angetroffen als bei den jugendlichen und minderjährigen Arbeitern, denen sonst derartige Arbeiten zufallen. Die Arbeiterinnen sollen bei diesen Arbeiten mehr verdienen als bei denen, die sie bisher verrichtet haben. Deshalb seien diese Arbeiten von ihnen sehr gesucht. — Der Leiter einer Deckenfabrik hat in der Wollspinnerei die Bedienung der Salfaktoren zum Teil Arbeiterinnen übertragen. Auch dieses war bisher in Spinnereien nicht üblich und gilt in den Baumwollspinnereien überhaupt als undurchführbar. Die Firma will bis jetzt keine schlechten Erfahrungen mit der Frauenarbeit gemacht haben; die Arbeiterinnen sollen die besser bezahlte Arbeit gern übernehmen.

Als eine ungeeignete Beschäftigung für Arbeiterinnen haben die Gewerbeaufsichtsbeamten von jeher das Aufspannen und Abnehmen der Ware an den Gestellen der überhitzten Trockensäle der Appreturanstalten

angesehen. Dem Einwand, daß dies Männer- und nicht Frauenarbeit sei, haben die Unternehmer bis jetzt immer entgegengehalten, daß die Frauen bei der Hitze leistungsfähiger seien als die Männer und diese Arbeit gern verrichten, nur sei der Bierkonsum ein großer. Im Jahre 1906 ging der Besitzer einer Appreturanstalt in Württemberg dazu über, sämtliche Arbeiterinnen in den Trockensälen durch Arbeiter zu ersetzen. Nach Verlauf eines Jahres konnte er mitteilen, daß die Leistung der Arbeiter größer und besser sei, als die der Arbeiterinnen gewesen war.

Besondere Beachtung verdienen die Mitteilungen der Beamten über die Beschäftigung von Wöchnerinnen. Nach der Gewerbeordnung dürfen Wöchnerinnen bekanntlich während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während den folgenden zwei Wochen nur dann beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt. Das Krankenversicherungsgesetz aber sichert den Wöchnerinnen, die einer Krankenkasse angehören, eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von sechs Wochen nach ihrer Niederkunft.

Seit der Verlängerung der Wöchnerinnenunterstützung von vier auf sechs Wochen, so heißt es in dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten, halten die Wöchnerinnen sich häufig auch während der fünften und sechsten Woche nach ihrer Niederkunft von der Arbeit fern und gönnen sich die so notwendige Erholung. In mehreren Fällen jedoch trafen die Beamten auch Frauen an, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses schon vier Wochen nach ihrer Niederkunft wieder in der Fabrik arbeiteten. Dabei hatten sie gleich nach ihrer Entbindung ihre Wöchnerinnenunterstützung für die Zeit von sechs Wochen von der Krankenkasse erhalten und brauchten auch nicht einen Teil derselben später zurückzahlen.

Um die Wöchnerinnen während der ganzen Dauer von sechs Wochen nach ihrer Niederkunft von der Fabrikarbeit fernzuhalten, haben die Ärzte einer Industriestadt auf Veranlassung der Krankenkasse Zeugnisse zur früheren Wiederaufnahme der Arbeit grundsätzlich verweigert. Diese Maßnahme erschien notwendig, weil die Arbeiterinnen in der Regel an Nähmaschinen arbeiteten, wobei der Körper einer ständigen Erschütterung ausgesetzt ist. Die Gewerbeaufsichtsbeamten machen aber mit Recht darauf aufmerksam, daß auch die Arbeit, die die Arbeiterinnen den ganzen Tag verrichten müssen, wie zum Beispiel die Arbeit an Spinnmaschinen, Webstühlen und dergleichen, in derartigen Fällen auf den weiblichen Organismus kaum minder schädlich einwirkt. Daher wäre es zu begrüßen, wenn Ärzte und Kassen auch an anderen Orten in gleicher Weise vorgehen würden.

Die Fürsorge für die Wöchnerinnen hat jedoch einen schweren Mangel: sie ist ungenügend. „Solange allerdings“, heißt es hierüber wörtlich in dem Bericht, „für Wochenentpfegeerinnen nicht hinreichender als bisher gefordert wird, kann die Wöchnerin in einem Arbeiterhaushalt die ihr zugedachte Ruhezeit nur in geringem Maße genießen, denn die Versorgung des Hauswesens und des Säuglings nötigt sie schon nach wenigen Tagen wieder zur Arbeit.“ Dies hatten die Beamten bei den Revisionen in der Hausindustrie beobachtet. Immerhin erachten sie es auf Grund ihrer Erfahrungen als einen nicht zu unterschätzenden Vorteil für Mutter und Kind, wenn die Mutter volle sechs Wochen hindurch wenigstens von der Fabrikarbeit frei ist und den häuslichen Pflichten ruhig nachgehen kann, anstatt an die strenge Ordnung der Fabrikarbeit gebunden zu sein und erst nach Fabrikchluss die Hausgeschäfte verrichten zu können. Ein Arbeitgeber hat einem Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber die Weisheit zum besten gegeben, daß Wöchnerinnen, die vor Ablauf der sechsten Woche wieder zur Fabrikarbeit zurückkehren, dies aus Vorliebe für die Fabrikarbeit tun. Demgegenüber stellt der Gewerbeaufsichtsbeamte fest, daß die Wöchnerinnenunterstützung bisher nur etwa die Hälfte des sonstigen Arbeitsverdienstes ersetzt, und infolgedessen die Not zu Hause so manche Arbeiterfrau möglichst bald wieder an die Lohnarbeit treibt. Die Aussicht, nach der vierten Woche neben dem Arbeitslohn die Unterstützung weiter zu beziehen, wirkt bei vorhandener Armut natürlich doppelt anspornend für die vorzeitige Wiederaufnahme der Arbeit. Aus diesen Gründen fordern die Gewerbeaufsichtsbeamten eine Erhöhung des Betrages der Wöchnerinnenunterstützung und Entziehung derselben bei vorzeitiger Inangriffnahme der Arbeit.

Ferner weisen die Beamten auf einen anderen Mißstand hin, der seiner Folgen wegen ebenfalls Abhilfe erheischt. Nur zu oft können sich schwangere Arbeiterinnen vor der Entbindung nicht so schonen, wie es notwendig wäre. Zuweilen arbeiten sie bis kurz vor ihrer Niederkunft in der Fabrik, da sie vor dieser Zeit von ihrer Krankenkasse eine Unterstützung nicht erhalten und daher solange als möglich Geld verdienen müssen. Nach den Erhebungen der Beamten treten Frauenleiden unter den Arbeiterinnen besonders häufig auf, und sie sind nach der Meinung der Berichtserstatter vielfach die Folge der Überanstrengung und ungeeigneten Beschäftigung während der Schwangerschaft. Auch die Geburt normaler Kinder hat hierin häufig ihren Grund. So teilte eine Krankenkasse mit, daß Weberinnen, die bis kurz vor der Entbindung am Webstuhl stehen, öfters krüppelhafte Kinder zur Welt bringen. Schwangerschaftsbeschwerden können allerdings nach den bisherigen Bestimmungen als Krankheit behandelt werden. Aber die Arbeiterin läßt sich nach den Beobachtungen der Beamten vielfach davon abhalten, Arzt und Kasse in Anspruch zu nehmen. Besonders bedauerlich sei, daß Frauen mit zahlreicher Kinderschar, die einer Schonung am meisten bedürftig wären, große Scheu davor haben, sich solcher Be-

Schwerden wegen an Arzt und Kasse zu wenden. Die Aufsichtsbearbeiterinnen glauben, daß die Arbeiterinnen ihre Jaghaftigkeit in dieser Beziehung leichter überwinden würden, wenn sie sich einer Ärztin anvertrauen könnten. — Wir wollen in diesem Zusammenhang an die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes erinnern: Schwangeren, die mindestens sechs Monate der Kasse angehören, kann eine der Wöchnerinnenunterstützung gleiche Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen gewährt werden. Auch kann freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden beschlossen werden. Auf Grund dieser Bestimmung kann eine gut verwaltete Krankenkasse viel im Interesse der Arbeiterinnen leisten. Jedoch gehört dazu ein wirklich unbeschränktes Selbstverwaltungsrecht der Kassemitglieder. Unsere Gegner aber haben nichts Besseres zu tun, als mit allen Mitteln auf die Entrechtung der Kassemitglieder hinzuwirken.

Schließlich noch eine Tatsache, die den Arbeiterinnen wie den Arbeitern gar nicht oft genug vor Augen gehalten werden kann: Am wichtigsten für einen wirksamen Arbeiterschutz ist das Verständnis und die Mitwirkung der beteiligten Arbeiter selbst. Wiederholt berichten die Gewerbaufsichtsbeamten, daß wichtige Fortschritte in den Arbeitsbedingungen den beteiligten Arbeiterinnen zu verdanken waren. So ist erfreulicherweise die Überarbeit zurückgegangen. Nach dem Bericht ist das wohl nur zum Teil dem Abflauen des Geschäftsgangs im Spätjahr zuzuschreiben, vielmehr Wonne allgemein gesagt werden, daß die Arbeitgeber bei der immer mehr steigenden Abneigung der Arbeiter gegen die Leistung von Überstunden solche möglichst zu vermeiden suchen. In derselben Weise seien auch oft die Fortschritte in der Herabsetzung der regelmäßigen Arbeitszeit zu erklären. So haben die Bestrebungen der Arbeiter und ihrer Organisationen in dieser Beziehung Erfolg gehabt. Deshalb sollte sich jede Arbeiterin ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation anschließen.

Schulspeisung.

Von Luise Kautsky.

VII.

Aber Italien liegt uns leider fast gar kein Material vor. Es war uns trotz aller Bemühungen unmöglich, solches in größerem Umfang zu beschaffen. Immerhin können wir den Leserinnen der „Gleichheit“ von zwei besonders interessanten Speisungseinrichtungen berichten, die in diesem Lande in San Remo und Vercelli bestehen.* San Remo kann sich rühmen, die erste italienische Stadt zu sein, wo die Gemeinde die Speisung der Elementarschüler in die Hand nahm. In Cremona und anderen Städten werden die Kinder ebenfalls gespeist, aber nicht auf Gemeindeflohen und nicht durch die Gemeinde. Die arbeitende Bevölkerung von San Remo besteht hauptsächlich aus Kleinbauern, Handwerkern und einem Heer von Bediensteten der zahlreichen Hotels, Pensionen und Kuranstalten, denn die Stadt ist dank ihrem herrlichen Klima und ihrer geschützten Lage zu einer der berühmtesten und besuchtesten Winterstationen der italienischen Riviera geworden. Die Industrie ist dort noch gering und befaßt sich hauptsächlich mit der Herstellung von wohlriechenden Essenzen, mit Erzeugung von Olivenöl und mit der Verarbeitung und Konservierung des reichen Obsttrags der dortigen Gegend. Die Industrie und vor allem der Handel mit Öl, Südfrüchten, Parfüms usw. beschäftigen aber doch schon eine größere Anzahl Proletarier, und diese waren 1896 aufgelistet und stark genug, um eine sozialistische Majorität in den Gemeinderat von San Remo zu entsenden. Auch den gut organisierten Kellnern gelang es, einen der Ihrigen bei den Gemeindevahlen durchzubringen. Die sozialistische Mehrheit des Gemeinderats setzte sofort die Forderung der Schulspeisung auf ihr Programm, und obgleich die Minorität diese Idee als Absurdität und Utopie verachtete, so ließ sie sich nicht irremachen und erzwang es, daß schon im ersten Jahre ihrer Tätigkeit zahlreiche Mahlzeiten verteilt wurden. Die Kosten dafür betrugen 1896/97 4518 Lire (3614 Mk.). Im Jahr darauf wurde die Sache schon besser organisiert, die Ausgaben beliefen sich auf 7948 Lire (6354 Mk.). Alle Verbesserungen der Institution mußten in erbitterten Kämpfen erzwungen werden. Der Haß gegen die Urheber der für die Kinder so wohlthätigen Maßnahmen ging so weit, daß die Gegner bei der Regierung Klage wegen Verschwendung öffentlicher Gelder führten. Es existiert nämlich in Italien ein Gesetz, das der Regierung Eingriffe in die Befugnisse der Gemeinden gestattet, wenn diese sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Die Regierung darf in diesem Falle die Gemeindeausgaben auf das Notwendigste beschränken und alles verbieten, was als Luxus erscheinen mag, oder verfügen, daß die Gemeinderäte aus eigener Tasche derartige Ausgaben ersetzen. Auf diese Bestimmungen hatten die Gegner ihre Anklage gestützt und sogar gefordert, daß die für die Schulspeisung verausgabten Summen als Luxusausgaben qualifiziert würden und von unseren Genossen wieder ersetzt werden müßten. Die Anklage blieb ein Schlag ins Wasser, und unsere Genossen war es ein Leichtes, darzulegen, daß, abgesehen von der blühenden finanziellen Lage der Stadt, die Gemeinde an ganz anderen Auswendungen sparen könne, wenn es notwendig wäre, als an den Ausgaben für die

hungernden Kinder. Man schließe doch das städtische Theater oder Kasino, riefen sie mit Recht den Gegnern und der Regierung zu. Da griff diese zu einem Gewaltmittel, um dem verhassten sozialistischen Gemeinderat von San Remo zu Leibe zu gehen. Einige Straßendemonstrationen von Arbeitslosen, die in Mailand im Winter 1898 stattfanden, und die große Not in ganz Norditalien lieferten ihr den Vorwand, kurzerhand den Gemeinderat von San Remo aufzulösen. Bei den Municipalwahlen arbeitete die Regierung mit Hochdruck und verschaffte dadurch den Konservativen die Majorität. Diese hatten nichts Geringeres zu tun, als der segensreichen Einrichtung den eben erst gewonnenen Charakter einer öffentlichen Rechtsinstitution zu nehmen und sie wieder zur Wohlthätigkeitseinrichtung zu degradieren, und zwar einer solchen, für welche die Gemeinde absolut keine Verantwortung trug. Die Gemeindevorteiler überwies einer privaten Gesellschaft 6000 Lire (4800 Mk.) zum Zwecke der Schulspeisung und hielt damit ihre Pflicht für voll erfüllt. 1902 kamen die Sozialdemokraten wieder ans Ruder, und das städtische Budget für 1903 verzeichnet schon wieder 12948 Lire (10354 Mk.) für die „Refezione scolastica“.

Inzwischen hatten Mailand und Vercelli, dem Beispiel von San Remo folgend, die städtische Speisung der Schüler eingeführt. Die Regierung hatte ihren ursprünglichen Widerstand gegen die Neuerung nicht nur aufgegeben, sondern sie unterstützte nun alle derartigen Bestrebungen, da sie ihre sichtlich wohlthätigen Folgen für die Schuljugend kennen gelernt hatte. Infolge dieser Sachlage sieg denn in San Remo die für die Speisung aufgewendete Summe von Jahr zu Jahr: 1904 auf 18607 Lire, 1905 auf 15813 Lire, 1906 auf 16133 Lire. Es ist unseren Genossen gelungen, bei der Schülerpeisung ein für allemal die warme Mahlzeit einzuführen, die dreimal wöchentlich in Suppen und Gemüse und zweimal in Fleischbrühe mit Fleisch besteht. Die Reaktionen hatten es nicht verschmäht, auch da gegen zu wirken, sie hatten die Kinder ein für allemal auf eine Ration von Brot und Wurst gesetzt. Vercelli ist die zweite Stadt Italiens, die von Gemeinde wegen die Speisung einführt. Es hat vor San Remo und überhaupt vor allen anderen Orten, über deren Maßnahmen auf diesem Gebiet wir den Leserinnen bisher berichteten, etwas voraus: es hat die obligatorische Schulkinderpeisung eingeführt; das heißt die Kinder, ob arm, ob reich, müssen ihre Mittagsmahlzeit in der Schule einnehmen, und zwar aus pädagogischen Gründen. Interessant ist es, daß diese Maßregel, wenn sie auch nicht direkt sozialistischer Initiative entspringt, doch indirekt den Sozialisten oder aber doch der Furcht vor ihnen gedankt ist. Signor Pietro Lucca, der konservative Vertreter Vercellis im italienischen Parlament, war ihr Urheber, und die Gesichtspunkte, die ihn bei der Einführung der obligatorischen Schulpeisung aus erzieherischen Ursachen leiteten, waren hauptsächlich sozialistenfeindlicher Natur. Herr Lucca will die Kinder so erziehen, daß sich bei ihnen niemals auch nur eine Spur von der Idee des Klassenkampfes einbürgern kann. Nach der sozialistischen Auffassung kann nur mit der Aufhebung der Klassengegensätze durch den Sozialismus der Klassenkampf sein Ende finden. Herr Lucca ist so kindlich, zu glauben, auf eigene Faust und ohne grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft den Klassenkampf aus der Welt schaffen zu können. Zu diesem Zwecke führte er die unentgeltlichen Mahlzeiten ein, die für alle Kinder gleich sind. Sie sollen bei diesen brüderliche Gefühle entwickeln, ihnen gute Manieren angewöhnen, die Betätigung von Bürgerstimm begreiflich machen und sie lehren, daß sie alle Kinder einer und derselben Gemeinde seien, gegen die sie gewisse Pflichten zu erfüllen hätten. Herr Lucca ist jedenfalls ein sonderbarer Heiliger, allein politische Gegner seines Schlages können wir uns wohl gefallen lassen. In Vercelli hat sich der gute Einfluß der obligatorischen Mittagsmahlzeit für die Kinder offenkundig gezeigt. Hatten früher im Frühling die Jüglinge oft die Schule versäumt, um den Eltern im Felde zu helfen, so ist seit der Einführung der Schulpeisung dieser Abstand jetzt fast ganz beseitigt. Die Kinder, die ihre Eltern nicht dahin wissen und daher hungern müßten, besuchen ruhig bis Ende Juli die Schule, während früher wegen der maffenhaft fehlenden sogar die Schulprüfung zeitiger angelegt werden mußte.

Die Mahlzeit besteht in Vercelli nur aus Wurst und Brot, am Freitag aus Rucifisch auf die religiösen Gebräuche aus Brot und Käse, jedoch werden die Nahrungsmittel in der allerbesten Qualität verabreicht. Kein Kind darf sich von der Mahlzeit ausschließen, es sei denn, daß ein ärztliches Zeugnis beigebracht wird, daß aus Gesundheitsrücksichten andere Nahrung geboten sei. Man ist sich übrigens in der Gemeinde darüber klar, daß das bisher gebotene Essen, an dem auch die beaufsichtigenden Lehrer teilnehmen müssen, unzulänglich sei, und es ist nur eine Frage der Zeit und des Geldes, wann auch in Vercelli warmes Essen eingeführt wird. Im letzten Jahre hat die Gemeinde 30000 Lire gleich 24000 Mk. für die Schülermahlzeiten ausgegeben.

Trotzdem sich die Einführung der Schulpeisung in Vercelli so gut bewährt, ist es doch fraglich, ob sie bei einer anderen politischen Konstellation erhalten bleiben wird. Die Theorien des Herrn Lucca werden nämlich von seinen beschränkten politischen Gegnern als viel zu weitgehend lebhaft angegriffen. Wenn auch die Beweggründe, die zu der Reform führten, unlogisch und widerspruchsvoll waren, so wäre es doch angesichts ihres Nutzens tief zu beklagen, wenn aus parteipolitischen Erwägungen die Schulpeisung wieder aufgehoben würde, die in sich selbst den Keim zur weiteren Entwicklung und zu vielem Guten trägt. Kommunale, öffentliche Einrichtungen vom Charakter und der

Bedeutung der Schulpeisung sollten über den Parteiströmungen stehen und unangefochten von allen politischen Veränderungen ruhig und ungehindert zum Segen der Kinder und mithin der ganzen Menschheit entwickeln können.

Vercelli und San Remo sind vergleichsweise kleine italienische Städte. Wir wollen nun unseren Leserinnen nur noch zeigen, wie es in einer italienischen Großstadt um die Durchführung unserer Forderung bestellt ist, in Mailand. Dort ist schon viel für die Schülerpeisung geschehen, aber man ist trotzdem über das Stadium des Experimentierens noch nicht hinausgekommen. Die furchtbare Not eines großen Teils der Einwohner, das Beispiel anderer Städte haben die Stadtväter Schritt für Schritt vorwärts getrieben, aber sie ließen sich dabei mehr von den Forderungen des Augenblicks leiten als von einem grundlegenden Prinzip oder einer klaren Theorie. Daher kommt es auch, daß in Mailand immer noch tastende Versuche darüber gemacht werden, was eigentlich den Kindern und dem Stadtsäckel am zuträglichsten sei. Langsam nur versteht man sich zur Einführung der warmen Mahlzeit, winzig klein sind die Portionen, und die Salami (die italienische Volksnahrung, die unserer deutschen Wurst entspricht, aber schwächer und nahrhafter ist) beherrscht an vielen Schulen noch souverän den Speisezettel: Montag 20 Gramm Salami, Dienstag 30 Gramm Käse, Mittwoch 25 Gramm gelochte Wurst, Freitag 22 Gramm Schokolade, Sonnabend 20 Gramm Salami, immer mit der vorgeschriebenen Ration Brot, je nach dem Alter des Kindes von 100 bis 150 Gramm ansteigend. Donnerstag ist schulfrei. Erst in 6 Schulen wird an 4500 Jüglinge warmes Essen verabreicht. Eine gute Einrichtung besteht darin, daß schwächliche Kinder Eier bekommen. Die Kinder erhalten sonst 25 Gramm warmes Fleisch, 240 Gramm Maccaroni und wenn es Nissotto gibt, das prächtige italienische Nationalgericht aus Reis, das an Wohlgeschmack und Nährwert seinesgleichen sucht, so beträgt die Ration 275 Gramm; von Fleisch mit Kartoffeln zusammengelocht verabreicht man 55 Gramm. Die Stadt hatte ursprünglich 100000 Lire gleich 80000 Mk. für die Speisung ausgeworfen und diese Summe wohlthätigen Gesellschaften zur beliebigen Verwendung für den gedachten Zweck überwiesen. Sie hoffte damit um die Mähen und Verantwortlichkeit der gemeinnützigen Institution herumzukommen. Bald jedoch zeigten die Erfahrungen, es sei unumgänglich nötig, daß die Stadt selbst eingreife. Es wurde zu diesem Behufe ein Komitee aus neun Stadträten gebildet, mit dem Bürgermeister an der Spitze, dem Komitee wurden drei Assistenten zugefügt, die in praktischen Fragen des Einkaufs und der Küche Bescheid wußten. Damit war die Verwaltung ganz in städtische Hände übergegangen, und nun erst leistete sie Ersprißliches. Der leitende Gesichtspunkt bei der Verteilung der Mahlzeiten war die Entfremdung zwischen der Wohnung der Jüglinge und dem Schulgebäude. 33 Prozent der etwa 46000 Köpfe zählenden Mailänder Schüler werden unentgeltlich gespeist, 17 bis 20 Prozent bezahlen 9 Centimes (7/10 Pfennig) für Wurst und Brot oder 15 Centimes (12 Pf.) für ein warmes Essen. Können die Eltern die Schulmahlzeit nicht bezahlen, so müssen sie bei der Stadtgemeinde von Mailand schriftlich um die Unentgeltlichkeit einkommen, und wenn die Erlaubigungen, die diese einziehen läßt, die Berechtigung der Forderung ergibt, so wird diese ohne weiteres bewilligt. Entscheidend ist dabei die Kinderzahl in der Familie. Wo zwei Kinder sind, wird eines von der Gemeinde unentgeltlich gespeist, auch wo die Kinder schlecht aussehen, wird die Gratsnahrung nicht verweigert. Im großen ganzen herrscht ein entgegenkommender Geist gegen Unbemittelte, und die Unentgeltlichkeit wird gern gewährt. Leider fehlen uns Anhaltspunkte, ob der Verlust irgendwelcher politischer Rechte aus der Unentgeltlichkeit der Speisung resultiert. An den Grenzen der Stadt, wo schon das flache Land beginnt, werden die meisten unentgeltlichen Mahlzeiten verteilt, da dort die Kinder der Landarbeiter in Frage kommen. Alles in allem gab Mailand im Jahre 1906 300000 Lire gleich 240000 Mk. für Schulpeisung aus. Es haben sich also die Kosten seit 1900, wo mit der Speisung begonnen wurde, mehr als verdreifacht. Die uns bekannt gewordenen Ziffern lauten wie folgt: 1900 bis 1901 98800 Lire, 1901 bis 1902 149337 Lire, 1902 bis 1903 247766 Lire, 1903 bis 1904 277603 Lire. Trotz dieses Aufschwungs der Reform herrschen noch viele kleinliche Mißstände in Mailand, die leicht zu beseitigen wären. So ist zum Beispiel die Lieferung von Brot und Wurst an viele kleine Meister, 50 Bäcker und 60 Schlächter, vergeben, wodurch allen möglichen Durchstechereien Tür und Tor geöffnet ist. Die Stadt besitzt ein eigenes Schlachthaus, und es wäre daher ein Leichtes, eine eigene Wurstfabrik in Verbindung damit auf dem gleichen Terrain zu errichten. Doch ist das und manche andere wichtige Verbesserung noch der Zukunft vorbehalten.

In Rom, der Hauptstadt Italiens, hat die liberaldemokratische Stadtverwaltung in ihrem ersten Budgetvoranschlag 250000 Lire für Schulkantinen eingestellt. Es ist das erstmal, daß dieser Posten im städtischen Budget von Rom figuriert. Erfahrungen stehen noch aus.

Von sonstigen italienischen Städten, in denen die Schulpeisung besteht, vermögen wir unseren Leserinnen nur die Namen zu geben, nähere Daten liegen uns über die Einrichtung selbst nicht vor. Wir nennen Palermo auf Sizilien, Padua, Brescia, Lodi, Bologna, Aurora usw. In mehreren der genannten Orte, die sich „eines schöneren Sonnenlichtes, einer glücklicheren Natur“ erfreuen als wir in unserem kälteren Himmelsstrich, essen die Kinder im Freien. Merkwürdig berührt es uns, daß in San Remo, Padua, Palermo die Mahlzeiten von den Kindern stehend eingenommen werden.

Abschließend können wir sagen, daß Italien, das wegen seiner Reformfeindlichkeit und Armut so verschriene Land, in

* Wir stützen uns hierbei auf die Mitteilungen des „Concetto“-Berichterstatters und geben dieselben zum Teil fast wörtlich wieder.

der Frage der Schülerfütterung sich weniger rückständig zeigt, als auf vielen anderen sozialen Gebieten und weniger rückständig als Deutschland, mit dem vom „Freisinn“ verwalteten Berlin an erster Stelle. Das kleine Berzellt gibt mit seiner „Zwangsfütterung“ für arm und reich ein nachahmenswertes Beispiel auch für die größten vorgeschrittensten Städte der reichsten Länder.

Harzbilder.

III.

Während einer Eisenbahnfahrt war ich unwillkürlich Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei Gendarmen. Sie sprachen von einem Krawall auf einem Gute, und daß sie die Rädelzführer verhaften wollten. Auf der nächsten Station „in Begelegen“ stiegen ein paar Gendarmen hinzu, sie waren, wie ich bald hörte, mit derselben Mission betraut wie ihre Kollegen. Da das Ziel der bewaffneten Macht die folgende Station „Hedersleben“ war und ich nichts zu versäumen hatte, beschloß ich, Zeuge der Staatsaktion zu sein. Nach einem Marsch von einer halben Stunde war der Schauplatz der Rebellion, Haus Neindorf, erreicht. Das Gut war früher eine Staatsdomäne, gehört nunmehr aber zum Besitzstand der Firma Dippe, die es für anderthalb Millionen Mark dem Staate abkaufte. Für die Einwohner des Dorfes sind dadurch die Verhältnisse nicht besser geworden. Unter fiskalischer Herrschaft lebten die Neindorfer schon in gedrückten Verhältnissen, jetzt wandert aus, wer nicht durch irgendwelche Umstände an den Ort sich gebunden fühlt.

Die Gendarmen wurden bereits erwartet. Auch von anderer Seite war Verstärkung für den Dorfpolizisten herangerückt. Acht Gendarmen waren nun zusammen, um die „Rebellion“ niederzuzwingen. Von den Rebellen sah man nichts. Anscheinend waren sie in einem lasernenartigen Gebäude versammelt, das die Dörfler neugierig umstellt hatten. Wie man bald bemerken konnte, sympathisierten sie mit jenen, denn die Gendarmen wurden mit höhnischen Zurufen empfangen. Die bewaffnete Macht begab sich zunächst in das Gutgebäude. Mittlerweile erfuhr ich von den Umstehenden, die ihre Unzufriedenheit mit der Gutsverwaltung ganz offen bekundeten, über die Angelegenheit folgendes: Das Gut bekam nicht genügend einheimische Arbeiter. Die Arbeitsverhältnisse waren zu schlecht. Die Gutsverwaltung hatte daher ausländische Arbeiter herangeholt, ungefähr 90 Russen waren auf dem Gute beschäftigt. Einigen der männlichen Arbeiter hatte die Gutsverwaltung kontraktlich Akkordarbeit als Mäher zugesichert. Im Tageslohn erhielten die Männer 1,80 Mark, die Frauen 1,20 Mark, im Akkord „konnten“ Mäher bis 4 Mark verdienen. Nun hatte die Gutsverwaltung aber Mähmaschinen angeschafft, und die Leute fühlten sich wegen der entgangenen Akkordarbeit betrogen. Zwei Mann hatten schließlich mehr Lohn gefordert; es war zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Als die Gutsverwaltung schließlich den Polizisten holte, um die beiden Auffässigen verhaften zu lassen, hatte die ganze Gesellschaft eine drohende Haltung angenommen, so daß der Beamte es vorzog, passiv zu bleiben. Daß es so weit gekommen war, zeugte nach dem Urteil der Dörfler von einer sehr großen Erregung unter den ausländischen Gutsarbeitern, denn diese waren an die denkbar schlechteste Behandlung, ja selbst an Mißhandlungen gewöhnt.

Der Vorgang hatte sich am vorherigen Nachmittag abgespielt. Am Morgen darauf verweigerten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Weiterarbeit, falls ihnen nicht Zugeständnisse gemacht würden. So kam es zum Streik, zur Rebellion. Sämtliche Leute wohnten in dem schon erwähnten lasernenartigen Gebäude, das nun keiner von ihnen verließ. Für ein paar Familien waren darin kleinere Kammern vorhanden; die jungen Leute kumpierten in Räumen, welche in ihrer Länge die ganze Breite des Gebäudes einnahmen. Die unverschämten, teilweise überhaupt nicht vorhandenen Fensterscheiben gewährten ungehinderten Einblick in die äußerst primitiv eingerichteten Räume, die gleichzeitig als Küche, Wohn- und Schlafzimmer dienten. Die Bände ringsum waren von dicht aneinander gerückten Schlafstätten eingenommen, so daß die erhitzten Körper der Ruhenden sich berühren mußten. Außer einem Ofen, einem rohen primitiven Tisch, dito Bänken und einigen Töpfen deutete nichts darauf hin, daß in diesen Lagerräumen Menschen wohnten.

Jetzt sah man darin die erregten Männer und Frauen, die das Ankommen der Gendarmen wahrgenommen hatten und wohl merkten, daß Gewalt gegen sie angewendet werden sollte. Nach kurzer Zeit erschienen denn auch die Bewaffneten wieder auf der Bildfläche. Wahrscheinlich hatte man die Rollen für die nun beginnende Aktion vorher verteilt. Vier Gendarmen gingen zum Angriff gerüstet in die Kaserne hinein, die anderen hielten vor der Tür Wache. In den unteren Räumen fand man die beiden „Anführer“ nicht; vorsichtig stiegen die Bewaffneten zum zweiten Stockwerk hinauf. Hier waren die Gesuchten, doch setzten die Frauen deren Verhaftung Widerstand entgegen. Eine von ihnen kam bald unter der Nachhilfe der Schutzmansksäfte die Treppe hinab und wurde im Hofe in einen Schweinestall gesperrt. Sie gewann erst die Freiheit wieder, nachdem es ihren stundenlangen Bemühungen gelungen war, die Tür aufzubrechen. — Die Gendarmen stürmten die Treppe wieder hinauf und brachten bald darauf einen der „Rebellen“, gefesselt

wie einen Staatsverbrecher, heraus. Die Wacht haltenden nahmen ihn in Empfang. Die anderen stiegen wieder hinauf, um auch den zweiten „Rebellen“ herauszuholen. Sie mußten aber zunächst einen neuen Widerstand überwinden. Der „Rebell“ hatte sich in ein Bett versteckt und mehrere Frauen saßen darauf. Natürlich war der Versteckte bald gefunden, gefesselt und hinausgebracht. Die „Verbrecher“ wurden sodann zum Gutshof transportiert. Die Frauen stürmten nach, fanden das den Zugang verändernde Tor aber bereits wieder verschlossen. Ihre Versuche, es zu öffnen, wurden von Gutsbeamten vereitelt, die mit Stöcken bewaffnet waren, von denen sie fleißig Gebrauch machten.

Da zu der „Gerichtsverhandlung“ Berichterstatter nicht zugelassen wurden, hat man über das Verfahren nichts erfahren. Jedenfalls war es kurz. Die Verurteilten wurden an Ketten geschlossen abgeführt, die Nacht über in einem Amtsgericht interniert und am nächsten Tage als lästige Ausländer über die Grenze gebracht. Kurz ist das „Rechtsverfahren“, das läßt sich nicht bestreiten, und es wird auch den vollen Beifall der Junker und Scharfmacher finden!

Mit der Entfernung der beiden Anführer war die Widerstandskraft der sich schug- und hilflos der Gewalt preisgegebenen Ausländer gebrochen. Am nächsten Tage gingen sie wieder an die Arbeit. Die Dittung für ihre Auffässigkeit haben sie sicher empfangen.

Solange die Ausländer sich als Bohndrücker gegen den einheimischen Arbeiter mißbrauchen lassen, rechnen sie zu den staalserhaltenden Elementen, die als Streikbrecher sich des weitestgehenden Staatsschutzes erfreuen. Als Schutzengel werden ihnen Gendarmen und Polizisten zur Seite gestellt, und es ist ihnen erlaubt, auf streikende Inländer zu schießen. Befinnen sich die Leute aber auf ihre Menschenwürde, opponieren sie gegen die schamlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, erdreisten sie sich gar, durch die himmelschreiende Sünde wider den heiligen Profit, durch Arbeitsverweigerung den Jörn ihrer Herren, der Schützer des Wort-Patriotismus, zu erregen, dann werden die staalserhaltenden Elemente im Handumdrehen lästige Ausländer. Durch allerhand Vorspiegelungen werden sie über die Grenze gelockt, per Schub werden sie wieder hinübergebracht. Das sind die berühmten Rechtsgarantien im Kulturland Preußen, die durch die Zustände in der Harzgegend scharf beleuchtet werden.

Wenn auch nicht durch Reflexionen bei der Harzer bäuerlichen proletarischen Bevölkerung das Bewußtsein ihrer Klassenlage und -interessen geweckt ist, so ist doch instinktiv bei ihr das Solidaritätsgefühl wirksam. Die Landproletarier sehen in dem armen, mißhandelten, ausgebeuteten Ausländer weniger den Konkurrenten, der ihm Arbeitsgelegenheit fortnimmt, als vielmehr den Leidensgenossen, der der Herren Faust noch schwerer zu fühlen bekommt wie sie selbst. Mit Vergnügen erfüllt es sie, daß die Ausländer gegen das kapitalistische Joch sich aufbläuen, es bewegt sie die stille Erwartung, selbst durch jene Opposition zu etwas günstigeren Verhältnissen zu gelangen. Selbst zu kämpfen, Widerstand gegen grenzenlose Ausbeutung zu organisieren, dazu fehlt den Einheimischen vielfach noch Mut, Einsicht und Selbstvertrauen. Kein anderes Mittel der Selbsthilfe kennt die Mehrzahl, als den Staub der Heimat von den Füßen zu schütteln. Wer das kann, wer nicht durch kleines Besitztum oder Familie am Orte gebunden ist, zählt zu den Glücklichen. Manche Dörfler gehen in der Einwohnerzahl zurück; die kleinen Höfen der Zwergbesitzer entwerten, andererseits wächst die Zahl der reichen Bauern, und die Riesengüter werden immer größer. Wenn auch nicht in der prägnanten Weise wie in der Großindustrie, zeigt sich doch auch auf dem Lande das Wesen des Kapitalismus mit seinen zersetzenden Tendenzen in scharfen Linien.

Das Harzer Proletariat ist intelligent genug, die Lehren des Sozialismus relativ schnell zu erfassen. Mit einiger Anstrengung, Überwindung der technischen Schwierigkeiten, wird die Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche sowohl als die politische, hier erfolgreich den Ader bestellen. W. D.

Die Kinderschutzkommission der Leipziger Genossinnen.

Die Kinderschutzkommission der Leipziger Genossinnen hat auch im zweiten Jahre ihres Bestehens eine rege Tätigkeit entfaltet. Die zahlreichen Beschwerden, die bei ihr eingingen, beweisen das Vertrauen, das man ihr allenthalben entgegenbringt.

Die meisten Beschwerden bezogen sich auf gesetzliche Kinderbeschäftigung. So wurden neun Fälle gemeldet, wo Kinder morgens vor der Schule Zeitungen oder Frühstück austrugen. In dreien dieser Fälle waren es die eigenen Kinder der Bäcker. Bekanntlich hat das Kinderschutzgesetz hier eine bedauerliche Lücke: die Eltern können ihre Kinder zu Botengängen für den eigenen Gewerbebetrieb nach Belieben heranziehen. Jedoch haben die Polizeibehörden die Befugnis, derartige Beschäftigung einzuschränken, falls sich Mißstände für die körperliche und geistige Entwicklung der Kleinen herausstellen. Die Kommission setzte deshalb die Schuldirektoren der betreffenden Kinder von deren Beschäftigung in Kenntnis, um sie zu veranlassen, Nachforschungen über den Gesundheitszustand und die Schulfortschritte der Kinder anzustellen.

Ungelegliche Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben wurde in vier Fällen zur Anzeige gebracht. In zweien dieser Fälle wurde die Kinderarbeit verboten, in den beiden anderen ergaben die vorgenommenen Revisionen nichts Gesetzwidriges. Bei einer dieser Revisionen wurde gleichzeitig dem Personal die bis dahin unbekannte Frühstücks- und Vesperpause erwirkt.

In einer Gastwirtschaft wurden zwei Knaben noch bis nachts 1 bis 2 Uhr mit Regelaufsehen beschäftigt. Auch hier wurde sofort Abhilfe geschaffen.

Ferner ging eine Beschwerde ein, daß in der Wollkammerlei Rodau vierzig russische oder galizische Kinder beschäftigt seien. Die Gewerbeaufsichtsbeamtin, welcher die Kommission Mitteilung machte, fand diese Angabe bestätigt. Ein Teil der jungen Leute konnte der Schätzung nach höchstens 12 bis 14 Jahre alt sein; doch war ihr Alter in den Arbeitsbüchern, die in ihrem Heimatort ausgestellt worden waren, auf fünfzehn bis sechzehn Jahre angegeben. Leider war es bei der großen Schwierigkeit, sich mit den betreffenden Leuten zu verständigen, unmöglich, weitere Feststellungen zu machen. Doch hat sich der Textilarbeiterverband bereits der Angelegenheit angenommen. Er hat unter anderem auch ein Gruppenbild von den jugendlichen Arbeitern aufnehmen lassen, das in seinem Bureau ausgestellt ist.

Weiter wurde der Kommission mitgeteilt, daß in einem Betrieb Arbeiterinnen, sogar solche unter 16 Jahren, an Sonnabenden bis halb acht Uhr abends beschäftigt wurden. Auch dieser Übertretung ward durch Anzeige bei der zuständigen Behörde ein Ende bereitet.

Mehrfach wurden Kinder in übermäßiger Weise zu Hausarbeiten herangezogen. Auch hier bietet das Kinderschutzgesetz leider keine Handhabe zu gesetzlichem Vorgehen. Die Kommission konnte nur den Versuch machen, auf dem Wege göttlicher Vorstellungen eine Milderung zu erwirken. Zwei Kinder von 12 und 13 Jahren wurden zum Beispiel oft bis Mitternacht mit häuslichen Arbeiten beschäftigt. Doch ließ sich die rücksichtslose Stiefmutter durch ernsthafte Vorkhaltungen bewegen, hierin eine Änderung eintreten zu lassen. Ein zwölfjähriger Junge mußte bei einem Lehrersehepaar übermäßig schwere Hausarbeiten verrichten. Dem Kommissionsmitglied, das dort Abhilfe zu schaffen versuchte, wurde eine höchst unhöfliche Abfertigung zuteil. In vier weiteren Fällen gelang es der Kommission jedoch, für Kinder, die in ähnlicher Weise mit Aufwartarbeiten überlastet waren, Erleichterungen zu erreichen.

Unsere Kinderschutzkommission hat es sich aber nicht nur zur Aufgabe gemacht, der Kinder ausbeutung entgegenzutreten, sie sucht auch Kindervernachlässigung und Kinder mißhandlung nach Kräften zu bekämpfen. So mußte in zehn Fällen gegen übermäßige Züchtigung von Kindern vorgegangen werden. In zwei weiteren Fällen handelte es sich um direkte Mißhandlungen. In einem der beiden hörten Hausbewohner abends nach 10 Uhr noch stundenlanges Wimmern eines Kindes. Es wurde Anzeige erstattet, und seitdem haben die Hausgenossen trotz strenger Kontrolle nichts derartiges wieder gehört. In dem zweiten Falle handelte es sich um einen Knaben, der sich aus Furcht vor einer vom Vater angedrohten Strafe nicht nach Hause wagte. Er blieb bei einem Schulkameraden über Nacht und umging die Schule. Auf Befragen gab er an, er sei schon öfter nachts mit einem Eisenstab geprügelt worden. Kommissionsmitglieder brachten den Knaben zum Direktor seiner Schule, um mit dessen Hilfe die Sache zu untersuchen. Der Direktor erteilte dem Klassenlehrer den Auftrag, den Jungen auf seinen seelischen und körperlichen Zustand hin zu beobachten. Dann ließ er das Kind durch den Schuldiener zu den Eltern zurückbringen mit der Benachrichtigung, man werde es streng beobachten und, wenn ferner Mißhandlungen vorkämen, weitere Schritte tun.

Ein zehnjähriges Mädchen, das wiederholt von seiner Mutter aufs grausamste gezechtigt worden war, kam auf Betreiben der Kommission nach auswärtige in Pflege. Ferner wurde ein Kind, welches von seiner Pflegemutter schlechte Behandlung erlitt, in bessere Pflege gebracht. Zwei Kinder fanden durch unsere Vermittlung Aufnahme im Waisenhaus.

In vier Fällen erfuhr die Kommission von Kindern, die fittlich gefährdet waren. Drei davon wurden durch den Verein für Kinderschutz dem Heim in Gaußhübel überwiesen. Ferner wurden zweimal Kinder, welche tagsüber unbeaufsichtigt blieben, da ihre Eltern dem Erwerb nachgehen mußten, durch unsere Vermittlung einem Kindergarten übergeben.

Zweimal wurden Anfragen wegen Stillprämien an uns gerichtet.

In diesem Jahre ist nur eine einzige Beschwerde wegen mangelhafter Erziehung eines unehelichen Kindes bei der Kommission eingegangen. Im vorigen Jahre waren es eine ganze Anzahl. Jedenfalls hat die Mehrereinstellung von Aufsichtsdamen hier beständig eingewirkt. Zum näheren Verständnis sei erwähnt, daß in Leipzig ein eigentümliches und wirklich vorbildliches Ziehkinderverwesen besteht. Alle unehelichen Kinder, gleichviel ob sie bei Fremden, Verwandten oder bei der eigenen Mutter untergebracht sind, müssen in gewissen Zwischenräumen dem Ziehkinderverarzt zur Kontrolle ihres Gesundheitszustandes vorgestellt werden. Außerdem werden die Pflegemütter und Mütter noch ein oder mehrmals im Monat von Aufsichtsdamen besucht, natürlich ohne vorherige Anmeldung.

Die Leipziger Kinderschutzkommission hat im vergangenen Jahr ein gutes Stück Arbeit geleistet; gegenüber dem ungeheuren Arbeitsfeld, das vor ihr liegt, ist es freilich noch wenig genug. Darum richtet die Kommission an alle Genossen und Genossinnen von Leipzig und Umgebung die dringende Bitte, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe eifrig zu unterstützen. Hier darf es nicht heißen: „ich kümmere mich nicht um fremde Angelegenheiten“. Die Kinder sind nicht Privateigentum ihrer Eltern, sondern sie gehören der Gesellschaft, und diese hat nicht nur ein Recht, sondern vielmehr die Pflicht, über ihr Wohl und Wehe zu wachen.

Loni Frenzel

* Der hier geschilderte Vorgang hat sich im vorigen Jahre abgespielt. Er ist — wie die Verhältnisse, die ihm zugrunde liegen — durchaus wahrheitsgetreu dargestellt. Die „Gleichheit“ hat schon im Jahre 1907 darüber berichtet.

Aus der Bewegung.

Delegierte zur Frauenkonferenz und zum Parteitag in Nürnberg. Zur Frauenkonferenz sind bis zum Abschluß dieser Nummer insgesamt 40 Genossinnen und 8 Genossen delegiert worden. Die 24 nachfolgend genannten Genossinnen haben gleichzeitig ein Mandat für Frauenkonferenz und Parteitag erhalten. Augsburg: Frau Greifenberg. Berlin: Fräulein Baader, Frau Matsche, Frau Nürnberg, Frau Steinfeld, Frau Bengels. Bochum-Weimar: Frau Nemitz. Dresden: Frau Wadwig. Düsseldorf: Frau Agnes. Frankfurt a. M.: Frau Winkelmann. Halberstadt: Frau Bollmann. Hamburg: Frau Heuer, Frau Zieh. Höchstädt hannoverscher Wahlkreis: Frau Reize. Leipzig-Kleinsocher: Frau Pöllner. Linden-Hannover: Frau Evers. Lübeck: Frau Schlomer. Magdeburg: Frau Kasper. München: Frau Lachermeyer. Nieder-Barnim: Frau Neumann. Nürnberg: Fräulein Grünberg, Sandberg bei Wittwasser: Frau Kägel. 8. bis 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Frau Baumann. Teltow-Beeskow: Frau Zinius. — Nur zur Frauenkonferenz delegiert worden sind die folgenden 18 Genossinnen: Bamberg: Frau Kampf, Frau Biethmann. Chemnitz: Frau Wagner. Erlangen: Frau Ruppenstein. Hamburg: Frau Glaffen. Hausham i. Oberbayern: Frau Straßer. Kulmbach: Frau Ladner. Lechhausen: Frau Jeh. Mannheim: Frau Wolf. München: Frau Bohr. Pasing bei München: Frau Fleischmann. Neckar-Ingelheim: Frau Endmann. Regensburg: Frau Dagen. Remscheid-Hasten: Frau Kattwinkel. Sonneberg S.-M.: Frau v. d. Wehd. Stuttgart: Frau Müller. — Die 8 mit einem Mandat für die Frauenkonferenz ausgerüsteten Genossen sind: Bremen: Genossin Henke. Duisburg: Genossin Schluchtmann. Elberfeld: die Genossinnen Ullmann, Haberland, Kohnen. Königsberg: Genossin Haase. Mülhausen i. Elsaß: Genossin Widin. Osnabrück: Genossin Ehrlicher.

Die deutschen Genossinnen haben die Freude, auch zu den bevorstehenden Tagungen Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen zu begrüßen. Diese haben Genossin Popp-Wien zur Frauenkonferenz und zum Parteitag delegiert und Genossin Pölzer-Wien zur Frauenkonferenz allein.

Anträge zur Frauenkonferenz in Nürnberg. Zu Punkt 1 der Tagesordnung (Presse): Augsburg: Der Parteitag wolle die Vorbedingungen schaffen, wonach die „Gleichheit“ an die politisch organisierten Frauen der sozialdemokratischen Vereine obligatorisch verabreicht werden kann, und zwar unentgeltlich oder doch zu einem ganz geringen Bezugspreis.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Mitglieder des Frauen- und Mädchenbildungsvereins von Ludwigsgraben: Die Frauenbildungsvereine in der Pfalz, speziell die in Ludwigshafen, bestehen zu lassen. Genossinnen Mülhausen im Elsaß: Den Monatsbeitrag für weibliche Parteimitglieder auf 20 Pf. zu bemessen.

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein Hannover-Linden hielt am 29. Juli eine Generalversammlung ab, die zweimal um je eine Woche vertagt wurde. Die beiden ersten Versammlungen waren sehr gut besucht, auch die Genossinnen hatten sich zahlreich eingeladen. Es wurde unter anderem über den Anschluß der Frauen an den sozialdemokratischen Wahlverein verhandelt. 100 Genossinnen sind diesem beigetreten, 600 davon sind Referentinnen der „Gleichheit“. Der Beitrag für die weiblichen Mitglieder des Wahlvereins beträgt 10 Pf., für die „Gleichheit“ werden pro Nummer ebenfalls 10 Pf. erhoben. Sie wird in der gleichen Weise wie vor dem von den Genossinnen verbreitet. Eine Genossin schlug vor, den Frauen eine monatliche besondere Zusammenkunft zu gewähren. Eine solche Zusammenkunft würde aufklärend und Aufklärung sei sehr notwendig. Einige Genossinnen sprachen dagegen, der Vorzug könnte den Frauen wohl nicht gestattet werden. Es geht aus, als ob es gar keine Männer mehr gebe, die der Aufklärung bedürftig. Auch könnte den Frauen durch die Annahme des Vorschlags zu viel zugemutet werden, weil die Bezirks- und die Monatsversammlungen besuchen die Bezirks- und die Monatsversammlungen besuchen. Der Vorschlag der Genossin wurde abgelehnt. In den Vorstand sind zwei Genossinnen gewählt worden. Die proletarische Frauenbewegung in Hannover hat sich seither entwickelt. Die Frauen hoffen, daß ihr künftiges Zusammenarbeiten mit den Genossen die Bewegung kräftig fördern wird.

Nürnberg. In einer gut besuchten öffentlichen Frauenversammlung erstattete die Vertrauensperson der Genossinnen des Jahres- und Kassenbericht. Das System der freiwilligen Parteibeiträge hat sich gut bewährt, es gab 60 Genossinnen Gelegenheit, ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zu dokumentieren. Als das Reichsvereinsgesetz in Kraft trat, wurden die Genossinnen befragt, ob sie sich dem Wahlverein anschließen und den monatlichen Beitrag von 25 Pf. regelmäßig zahlen wollten. 300 antworteten, während 150 teils bis zum Parteitag ersucht wurden, teils im Bedenken bis zum Parteitag ersucht werden. Am Anfang des Jahres ward eine Agitation für die Einführung des Frauenstimmrechts und für die Beseitigung des Artikels 15 des bayerischen Vereinsgesetzes stattfand. In drei Versammlungen wurde über Gesundheitslehre referiert und in einer über das Reichsvereinsgesetz. Monatlich fanden zwei Lesabende statt, an denen durchschnittlich 50 Genossinnen teilnahmen. In den zwei Jahren, in denen die Nürnberger proletarische Frauenbewegung be-

steht, sind insgesamt 1250,65 Mk. eingenommen und 1083,28 Mk. ausgegeben worden. Die Ausgaben verteilen sich folgendermaßen: Landes- und Zentralkasse 594,99 Mk., Agitation 480,19 Mk., Bücher und Broschüren 68,10 Mk. Die Einnahmen des letzten Jahres betrugen 693,21 Mk. — den vorjährigen Kassenbestand von 116,33 Mk. mit eingerechnet — die Ausgaben 525,84 Mk. Der Bestand von 167,37 Mk. wird dem Wahlverein überwiesen. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Kritik, die Genossin Greifenberg in Nr. 17 der „Gleichheit“ daran geübt hatte, daß die Genossinnen Daffner und Grünberg auf dem bayerischen Parteitag den Antrag eines Genossen bekämpft hatten, den weiblichen Parteimitgliedern in Bayern für ihren Monatsbeitrag die „Gleichheit“ zu liefern. Es wurde dazu bemerkt, daß der Parteibeitrag von 25 Pf. unmöglich noch erhöht werden könne, das müsse aber zweifellos geschehen, wenn die „Gleichheit“ obligatorisch geliefert werden solle. Zweitens bekomme ein großer Teil der Genossinnen die Zeitung von ihrer Gewerkschaft gratis geliefert. Von den 450 Nürnberger Genossinnen erhalten circa 200 die „Gleichheit“ durch die Gewerkschaft und 200 haben sie abonniert. Die Versammlung beschloß die Aufhebung der freiwilligen Parteibeiträge und den gemeinsamen Abtritt der Genossinnen in den Wahlverein. Damit die Agitation unter den proletarischen Frauen systematisch weiter betrieben werden kann, wird im Verein eine Frauenabteilung gebildet werden, deren Leitung einem weiblichen Vorstandsmitglied, der Genossin Grünberg, obliegt. Das Mandat zur Frauenkonferenz und zum Parteitag in Nürnberg erhielt Genossin Grünberg. Am Schluß der Versammlung wurden die Genossinnen aufgefordert, soweit es nur irgend ihre Zeit erlaubt, den Verhandlungen der Frauenkonferenz und des Parteitages beizuwohnen.

Eine Konferenz der Genossinnen des Wahlkreises Bochum fand am 23. August in Bochum statt. 42 Delegierte nahmen an ihr teil: von Bochum 4, Dahlhausen 1, Gelsenkirchen 5, Gelsenkirchen-Hepler 2, Gänigfeld 1, Harpen 5, Herne 3, Heven 2, Hordel 1, Hohwege 1, Laer 5, Langendreer 2, Stiepel 2, Wattenscheid 3, Weimar 1 2, Weimar II 2 und Witten 1. Die Genossinnen von Altdorf, Eickel, Freidenbrach, Königstele, Röblinghausen, Somborn und Stodum hatten keine Vertreterinnen entsandt. Den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins vertraten die Genossinnen Runge und Taft. Genossin Nemitz erstattete den Agitationsbericht, der in einer späteren Nummer erscheinen wird. Sie hob hervor, daß die proletarische Frauenbewegung im Wahlkreis Bochum in früheren Jahren hauptsächlich dadurch gehemmt worden sei, daß die Polizei die Frauenbildungsvereine für politisch erklärt und aufgelöst habe. Nach wiederholten Versuchen sei es schließlich erstens Bemühungen gelungen, die Bewegung hochzubringen. Heute gibt es im Wahlkreis 1244 organisierte Genossinnen und 928 Abonnenten der „Gleichheit“. Aber die Frage des Abtritts der Genossinnen in den sozialdemokratischen Verein referierte Genossin Runge. Er befürwortete den Abtritt und schlug einen Wochenbeitrag von 5 Pf. bei obligatorischer Einführung der „Gleichheit“ für die weiblichen Parteimitglieder vor. Es entspann sich darauf eine sehr eingehende Diskussion. Die Genossinnen Müller- und Graf-Gelsenkirchen sprachen gegen die Höhe des vorgeschlagenen Beitrags, ein Monatsbeitrag von 10 Pf. entspräche eher den Verhältnissen. Für den Vorschlag des Genossen Runge traten die Genossinnen Klaas, Sabath, Bierig und Zindeisen ein. Die Konferenz erklärte sich einstimmig für seine Annahme und setzte den Abtritt der Genossinnen auf den 1. Oktober fest. Das Vermögen der Frauenorganisation geht einem Konferenzbeschluß gemäß in den Besitz des sozialdemokratischen Vereins über. Die Höhe der an die Zentralkasse der Genossinnen abzuführenden Summe soll in einer späteren Sitzung der Vertrauenspersonen bestimmt werden. Die Genossinnen von Laer hatten folgenden Antrag gestellt, der angenommen wurde: „In das Statut des sozialdemokratischen Vereins ist eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Frauen berechtigt sind, in den einzelnen Orten monatlich eine Zusammenkunft zu veranstalten, die durch Vorträge und Vorlesungen ausgefüllt werden soll. Diese Zusammenkünfte sind von den zuständigen Funktionären einzuberufen.“ Zur Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins wurden die Genossinnen Nemitz-Bochum, Klaas-Laer, Stöter-Langendreer, Sabath-Herne und Graf-Gelsenkirchen entsandt. In den Vorstand der Frauenorganisation wählte die Konferenz die Genossin Nemitz, welche auch ein Mandat für die Frauenkonferenz und den Parteitag erhielt, nachdem Genossin Runge eine Delegation nach Nürnberg befürwortet hatte.

Aus der Hamburger Frauenbewegung. Die proletarische Frauenbewegung Hamburgs hat auch im verfloffenen Jahr an Umfang und innerer Festigung zugenommen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der drei sozialdemokratischen Vereine legt davon Zeugnis ab und befindet die größere und intensivere Betätigung der Frauen und Mädchen innerhalb der Arbeiterbewegung, eine Betätigung, die ein guter Gradmesser ist für ihre theoretische Schulung, praktische Befähigung und Überzeugungstreue. Der Jahresbericht der Hamburger Landesorganisation zeigt auf, daß von 34961 Hamburger Parteimitgliedern 3939 weibliche sind, gegenüber 2942 im Jahre 1907. Die Zunahme an weiblichen Mitgliedern im letzten Jahre beträgt also 997, gleich 33 Prozent. Der erste Wahlkreis hat bei einer Gesamtmitgliederzahl von 6000 671 weibliche Mitglieder aufzuweisen, der zweite Kreis bei 7078 Mitgliedern 709 und der dritte Kreis, der räumlich am ausgedehntesten und außerdem am volkreichsten ist, zählt bei 21873 Mitgliedern 2559 Frauen und Mädchen. Hierzu ist noch zu bemerken, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in Wirklichkeit

noch bedeutend höher ist, als sie hier erscheint, da zufolge der wirtschaftlichen Depression viele mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, bei der aufgemachten Statistik aber nur die Mitglieder gezählt wurden, die keine drei Monate länger mit Beiträgen restieren.

Aber selbst wenn die angegebenen Zahlen genau den Mitgliederbestand widerspiegeln würden, wäre der Fortschritt ein erfreulicher und eine gute Belohnung für die unermüdete Agitationsarbeit, für die Kleinarbeit, die so oft unbemerkt und unbeachtet bleibt und doch die unerläßliche Vorbedingung ist für jeglichen Agitations- und Organisationserfolg. Öffentliche Agitationsversammlungen speziell für die Frauen fanden im Berichtsjahr 37 statt. Davon entfielen auf den dritten Kreis 31, auf den ersten und zweiten Kreis je drei. Referentinnen waren die Genossinnen Kähler, Wadwig, Reize und Zieh. Die Abonnentenzahl der „Gleichheit“, soweit diese durch die Genossinnen selbst kolportiert wird, beträgt 2000. Dazu kommt noch etwa dieselbe Zahl, die der Dienstbotenverein seinen Mitgliedern liefert. Gewiß eine hübsche Zahl von Lesern, jedoch angesichts der großen Arbeiterbevölkerung Hamburgs nicht im entferntesten befriedigend. Gerade in dieser Hinsicht gibt es für die Genossinnen noch ein großes Feld zu beackern.

Die Mitarbeit der Genossinnen innerhalb der Parteiorganisation nimmt fortgesetzt zu, doch wünschten wir eine noch regere Betätigung. Vor allem sollten die Genossinnen mehr Anteil an der Verwaltungsarbeit nehmen. Denn just durch die lebendige Anteilnahme an allen Maßnahmen der Organisation, durch die Mitarbeit an dem Ausbau und der inneren Festigung derselben werden die Kräfte geweckt und entfaltet, wodurch die Persönlichkeitsentwicklung der einzelnen gefördert und gleichzeitig für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird.

Die Kinderschulkommission wird demnächst ihren Bericht gesondert einsenden. Hier sei nur bemerkt, daß die Wirksamkeit der Genossinnen auf diesem Gebiet außerordentlich eingengt war. Zunächst durch den vollkommen unzureichenden „Schutz“, den das Gesetz ausgebeuteten Kindern gewährt, dann durch das Raffinement derjenigen, die die kindliche Arbeitskraft ausbeuten, sowie durch die Einsichtlosigkeit der Eltern, die ihre Kinder in die Erwerbsarbeit senden. Der durch die Initiative der Genossinnen gegründete und auch von ihnen verwaltete Dienstbotenverein zählt zurzeit über 3000 Mitglieder. Er ist dem Kartell angeschlossen, an welches er regelmäßig seine Beiträge zahlt und dadurch für seine Mitglieder das Recht auf Inanspruchnahme des Arbeitersekretariats und der Kartellbibliothek erwarb. Im verfloffenen Jahr unterstützen die Genossinnen den jungen Verein mit etwa 1100 Mk., wodurch es demselben ermöglicht war, einen eigenen Stellennachweis zu errichten, der ungemein viel zur Stärkung der Organisation beitrug, und durch den mancher Vorteil für die Mitglieder erzielt wurde.

Zur Unterstützung der Gewerkschaften bei ihrer Agitation unter dem weiblichen Proletariat boten die Genossinnen die Mitarbeit ihrer Agitationskommission an. Diefelbe ward auch wiederholt in Anspruch genommen. So von den Schneidern, Handlungsgelieferten usw. Es versteht sich am Rande, daß die Genossinnen, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, nach besten Kräften auch in ihrer Gewerkschaft mitarbeiten. Ihre Beiträge liefern die Genossinnen selbstverständlich an die Parteiorganisation ab, und nach dem Bericht der Landesorganisation sind für den ersten Kreis 8142 Monatsbeiträge à 10 Pf. abgeliefert, für den zweiten Kreis 8511 und für den dritten Kreis 30125 Monatsbeiträge. Außerdem erzielten die Genossinnen jedoch durch die Kolportage der „Gleichheit“ sowie durch Absatz von Agitationsbons usw. folgende Einnahme, der gleichzeitig die Ausgaben gegenübergestellt sind:

Einnahme:

Kassenbestand vom vorigen Jahr	86,37 Mk.
Sammellisten	17,30 "
Verkaufte Bons.	187,90 "
Überschuß der „Gleichheit“	1867,49 "
Für Broschüre: Landarbeiter	80,— "
Überschuß bei der Broschüre Jadel	88,60 "
Summa	2322,66 Mk.

Ausgabe:

An den Dienstbotenverein	1097,33 Mk.
Für Broschüren	80,90 "
An Genossin Baader gesandt	1100,— "
Für einen Kranz, Druckfaden und Karten	86,04 "
Summa	2314,27 Mk.

Bilanz:

Einnahme	2322,66 Mk.
Ausgabe	2314,27 "

Kassenbestand 8,39 Mk.
Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisorinnen:
Frau Ebach, Frau Kröger, Frau Heeren.

Haben die Genossinnen bisher einen erzielten Überschuss an Genossin Baader gesandt, um eine Agitation unter dem weiblichen Proletariat in ärmeren und rückständigen Gegenden zu ermöglichen, so werden sie, sofern der Parteitag dem neuen Organisationsentwurf zustimmt und so ein engerer Zusammenschluß der Genossinnen und Genossen in den Organisationen allerorts erfolgt, natürlich ihren Geldüberschuß in Zukunft an die örtliche Parteikasse abliefern.

Das verfloffene Jahr hat uns ein Stück vorwärts gebracht, hoffen wir dasselbe in erhöhtem Maße für das

kommende Jahr. Der Wille ist vorhanden bei den Genossinnen, da wird es hoffentlich auch am Vollbringen nicht fehlen.

J. A.: Luise Zieh.

Politische Rundschau.

In Straßburg hat der Kaiser in einer Rede von seiner Zuversicht gesprochen, daß der Frieden erhalten bleibe. Damit ist nicht etwa gesagt, daß die Kriegsrüstungen eingestellt werden sollen, denn sie sind nach der Anschauung Wilhelms II. eine Sicherung des Friedens. Wenige Tage nach der Kaiserrede hat die deutsche Regierung einen Schritt getan, der geeignet ist, die durchaus nicht ganz befriedigenden Beziehungen zu Frankreich und England noch mehr zu komplizieren. Dieser Schritt dient sicher nicht zur Befestigung des Friedens. Er ist obendrein um Marokkos willen geschehen, einem Lande, das für das deutsche Volk nicht die mindeste Bedeutung hat, sondern das lediglich für einige deutsche Kapitalisten als ein hohe Gewinne versprechendes Ausbeutungsbjekt in Frage kommt. In Marokko hat der Sultansultan Mulay Hafid den Sieg über den "rechtmäßigen" Sultan Abdul Afs davongetragen, der den Marokkanern wegen seiner Verbindung mit Frankreich als Landesverräter verhaftet worden ist. Die alldeutschen und anderen deutschen Weltpolitikspannungen haben schon lange vor dieser Entscheidung gefordert, daß die deutsche Regierung den angeblich Deutschland günstig gesinnten Mulay Hafid gegen den "Französling" Abdul Afs diplomatisch unterstütze. Darauf hat sich Bülow allerdings denn doch nicht eingelassen. Jetzt aber, wo die französische Regierung vor der Vernichtung ihrer Hoffnung steht, mit Hilfe des von ihr abhängigen Abdul Afs größeren Einfluß in Marokko zu gewinnen, wo sie infolgedessen in allen marokkanischen Dingen doppelt empfindlich ist, versendet die deutsche Regierung eine Note, worin sie eine schleunige Anerkennung Mulay Hafids als dringend notwendig bezeichnet. Dieser Schritt hat in Paris und in London den denkbar unangenehmsten Eindruck gemacht. Und so wenig das deutsche Proletariat die französische Eroberungspolitik in Marokko billigt — die ja auch von den französischen Sozialisten energisch bekämpft wird —, ebenso energisch muß es doch auch fordern, daß um Marokkos willen die deutsche Regierung nicht die Beziehungen zu den Nachbarländern verschlechtert. Eine Verschlechterung dieser Beziehungen könnte schließlich zu einer Gefährdung des Friedens führen. Zudem war dieser Schritt selbst vom Standpunkt beschränkter kapitalistischer Interessenpolitik aus unnötig. Die "Frankfurter Zeitung", die im allgemeinen die auswärtige Politik Bülows billigt, mußte jetzt hervorheben, es lägen noch gar keine Anzeichen dafür vor, daß Frankreich die Entscheidung über die Anerkennung des siegreichen Sultans ungebührlich verschleppen wollte. Die Note der deutschen Regierung ist aber wieder eine der überraschenden und meist wirkungslos verpuffenden Pöhllichkeiten, durch die sich die schwankende auswärtige deutsche Politik seit langem auszeichnet hat. Sie haben überall in der Welt das Gefühl hervorgerufen, daß man von Deutschland stets irgend etwas Unvorhergesehenes erwarten müsse, daß Unstetigkeit und Unzuverlässigkeit das Merkmal der deutschen Weltpolitik sind.

Stetig und konsequent ist die Politik der deutschen Regierung nur in der Frage der Kriegsrüstungen. Neuerliche Versuche Englands, ein Abkommen auf Einschränkung der Flottenrüstungen herbeizuführen, sind abermals gescheitert. Wie ein englisches Blatt mitteilt, haben die Unterhandlungen zu der beiderseitigen Erkenntnis geführt, daß bis 1911 an ein solches Abkommen nicht zu denken sei. Wir fügen hinzu, daß diese Fristbestimmung nichts als ein Ausweichen der deutschen Regierung bedeutet, und daß voraussichtlich auch nach 1911 ein Abkommen an ihrer Weigerung sich zerschlagen wird. England hat nun beschloffen, bis dahin für jedes deutsche Linienschiff zwei zu bauen und zu diesem Zweck eine Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling (1 Milliarde Mark) aufzunehmen. Das stellt den Wahnsinn des Wettrüstens ins hellste Licht, da auf diese Weise das gegenseitige Machtverhältnis sich trotz aller Anstrengungen Deutschlands zu seinen Ungunsten verschieben muß.

Zu den Flottenrüstungen die ungeheure Landrüstung Deutschlands! Daß im nächsten Jahre schon eine neue Militärvorlage kommen soll, hat die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zwar gleich zweimal hintereinander dementiert. Aber selbst ein liberales Blatt hat dazu die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß sich nach einer Reichsfinanzreform die Militärvorlage regelmäßig einzustellen müsse — das Dementi werde sich lediglich auf den Zeitpunkt des Erscheinens der Vorlage beziehen.

Wie die Finanzreform aussehen wird, darüber sind jetzt wieder mehrere Nachrichten aufgetaucht. Ziemlich sicher scheint zu sein, daß eine sehr starke Erhöhung der Biersteuer geplant wird, "so daß die Verteuerung auf die Konsumenten abgewälzt werden kann". Dieser erneuten Belastung eines Genußmittels der großen Volksmassen schließt sich würdig eine Zigarrenbanderolensteuer an. Daneben ist eine grundlegende Änderung der Branntweinsteuer geplant — ob sie den Liebesgaben für die junkerlichen Schnapsbrenner zu Leibe gehen soll, ist unbekannt, auf jeden Fall aber wenig wahrscheinlich. Außerdem soll eine Gas- und Elektrizitäts- und eine Weinsteuer vorgeschlagen werden. Zur Dekoration dieses mißdunstenden Zukünftigen indirekter Steuern, welche die Volksmassen und die industrielle Entwicklung belasten, soll eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten dienen. Gegen die Aussicht einer solchen Erbschaftsteuer wendet sich übrigens bereits das Organ der Land-

bändler, die "Deutsche Tageszeitung", in wilder Wut. Die Junker wollen in altgewohnter Unverschämtheit nichts wissen von direkten Reichssteuern, von Heranziehung der Reichen zu der "patriotischen Aufgabe", die Finanzen des Reiches zu sanieren.

Der Freisinn ist natürlich viel zu sehr korruptiert und verblödet, als daß er es zu unzweideutigen Kundgebungen gegen diese Finanzpläne brächte. Ungehört verharren die Warnrufe der wenigen seiner Parteigänger, die sich noch ein Bewußtsein der traurigen und gefährlichen Rolle des Freisinn im Block bewahrt haben, und die darauf dringen, daß er sich wenigstens Zugeständnisse in der preussischen Wahlrechtsfrage für die Mitarbeit an der Finanzreform ausbedinge. Die Stimme der Parteileitung läßt sich vielmehr in einem Artikel Müller-Meinungen vernehmen, der davor warnt, die Mitwirkung des Freisinn bei der Finanzreform von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen. Nach ihm könne man ja auf anderen, "die Lebensinteressen des Reichs nicht berührenden Gebieten" der Regierung zeigen, "daß die Freisinnigen nicht gewillt sind, einer Regierung besondere Gefälligkeiten zu erweisen. . . die sich gegenüber ihren eigenen Organen unfähig zeigt, ihre Politik zur Durchführung zu bringen". Was besagt das? Weniger als nichts. Wenn die Regierung ihr Heu herein hat, dann sollen allenfalls freisinnige Redegewässer auf ihr Land losgelassen werden, dann wollen die "unentwegten" Volkstribunen ein wenig über den Fall Schücking donnern!

Wenn sie das überhaupt noch tun! Denn wenn Bülow auch das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister von Husum nicht hat einstellen lassen, so hat er doch den Regierungspräsidenten, der es eingeleitet hat, auf Urlaub geschickt. Damit hat er den Freisinn schon halb verhöhnt, freilich aber auch wieder die Junker rebellisch gemacht, die sich ihre Herrschaft in der Verwaltung nicht verlümmern lassen wollen. Die "Kreuzzeitung" brachte bereits einen scharfen Drohartikel, und der gemäßigtere Regierungspräsident läßt seine Freunde verkünden, daß er und andere Beamte den Dienst verlassen werden, wenn es nicht mehr gestattet sein soll, einen Bürgermeister zu disziplinieren, der die Junkerherrschaft in der Verwaltung angreift. Man darf angesichts solcher Anzeichen einer regelrechten konservativen Fronde wirklich gespannt darauf sein, wie lange das Bündnis zwischen Konservativen und Zentrum noch auf sich warten lassen wird.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Gewerkschaftliche und amtliche Streikstatistik differieren bekanntlich meist in ihren Ergebnissen. Kürzlich brachten wir die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammengestellten Angaben über die Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1907. Jetzt sind die Aufstellungen des Reichsstatistischen Amtes über denselben Gegenstand erschienen. Sie geben auch diesmal wieder andere Zahlen an, als die von den Gewerkschaften ermittelten; nach der amtlichen Statistik ist die Zahl der Ausstände geringer. Doch das soll uns hier weniger interessieren. Jedenfalls werden die Angaben der Gewerkschaftsverbände zutreffender sein, als die durch Unternehmer und Behörden gemachten Aufstellungen, schon aus dem sehr einfachen Grunde, weil den Gewerkschaften durch die Auszahlung der Unterstellungen usw. eine genaue Kontrolle möglich ist. Interessanter sind die Angaben, wie sich die Ausstände auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen. Es entfielen nämlich über die Hälfte der Streiks auf Preußen, das industriereichere Sachsen zählt nur zehn Prozent. Noch interessanter aber sind die Schlussfolgerungen, die die Unternehmerrpresse an die Statistik der Streikerfolge knüpft. Sie ist nämlich der Ansicht, daß in jenen Industrien, wo der Erfolg der Ausständigen im Durchschnitt gering war, die starken Unternehmerverbände dazu wesentlich beigetragen haben. Im Bergbau blieben 80 Prozent der Streiks ohne Erfolg, in der Metallindustrie 45 Prozent, in der Textilindustrie 34 Prozent, im Baugewerbe 22 Prozent. Die Sache wird wohl umgekehrt sein, das heißt die Erfolgshäufigkeit wird mit der Stärke der Arbeiterorganisation in der betreffenden Industrie steigen und fallen. Denn daß die Unternehmer im Baugewerbe schlecht organisiert seien, wird niemand behaupten wollen, und doch sind die Erfolge für die Arbeiter dort noch am höchsten von den hier aufgeführten Industrien. Dafür ist aber die Arbeiterschaft im Baugewerbe gut organisiert, während auf dem großen Gebiete des Bergbaues mit den zahlreichen ausländischen Arbeitern trotz des numerisch großen Bergarbeiterverbandes die Organisation noch viel zu wünschen übrig läßt.

Ein anderes wichtiges Faktum darf bei der Beurteilung der Streikerfolge nicht außer acht gelassen werden. Die wirtschaftliche Krise wirkt nach vielen Richtungen hemmend und vernichtend. Sie bringt das Fortschreiten der Arbeiter auf der Bahn wirtschaftlicher Verbesserungen zu einem gewissen Stillstand. Das Heer der Arbeitslosen schwillt bedenklich an und mit ihm die Sache der Arbeitswilligen, die die Forderungen der Streikenden durch Anbieten ihrer Dienste illusorisch machen. Arbeiter werden entlassen, ganze Betriebe stillgelegt — eine traurige Perspektive für den kommenden Winter. So wurde dieser Tage erst wieder aus Münster im Elsaß berichtet, daß eine Firma ihren Betrieb völlig schließen mußte, weil das Lager überfüllt ist und neue Aufträge nicht einlaufen. Auch auf den Mitgliederstand der Gewerkschaften beginnt die Krise sehr fühlbar einzuwirken. Auf dem außerordentlichen Verbandstag der Maurer wurde zum Beispiel berichtet, daß

die Mitgliederzahl im zweiten Quartal dieses Jahres um 22 000 Personen niedriger sei als im selben Quartal 1907.

Die Tarifverträge im Baugewerbe, die auf Grund der Einigungsverhandlungen in diesem Frühjahr zum Abschluß gelangten, sind nun durch Unterschrift der kontrahierenden Verbände für gültig erklärt worden. Es wurden im ganzen 179 Tarifverträge in 181 Vertragsgebieten abgeschlossen. Der Verband der Maurer kommt hierbei mit 128 Verträgen in Betracht, der der Zimmerer mit 101, der der Bauhilfsarbeiter mit 64, die christlichen Bauhandwerker mit 43.

Nach dem neuesten Verzeichnis der tarifstreuen Firmen im Buchdruckgewerbe macht die Tarifanerkennung dort noch weitere Fortschritte. Während 1907 6254 tarifstreue Firmen, die 64 553 Gehilfen beschäftigten, in 1803 Orten gezählt wurden, waren es 1908 6611 Firmen mit 57 211 Gehilfen in 1942 Orten; 1897 wurden 1831 tarifstreue Firmen mit 18 340 Gehilfen an 469 Orten gezählt.

Den Gold- und Silberarbeitern in Berlin steht eine Tarifbewegung bevor. Der bisher bestehende Tarif ist ihnen gelündigt worden mit der Begründung, daß die Innung, die den Tarif seinerzeit abschloß, seit dem Bestehen eines Unternehmerverbandes für dieses Gewerbe nicht mehr als zuständig angesehen werden könne. Die Arbeiter stellen nun Forderungen, bei denen auch die Arbeiterinnen berücksichtigt worden sind. Für diese wie auch für einen Teil der Arbeiter wird vom 1. Oktober 1909 ab ein Lohnzuschlag von 5 Prozent gefordert, ferner eine neunständige Arbeitszeit sowie Zuschläge für Sonntagsarbeit und Überstunden.

Der Verband der Bauhilfsarbeiter betreibt im Monat September eine umfangreiche Agitation. In allen Landesstellen Deutschlands finden innerhalb zweier Wochen 375 Versammlungen statt.

Der Gastwirtschaftsgehilfenverband vermittelte im Laufe des zweiten Quartals d. J. durch seine Arbeitsnachweise 1374 dauernde Stellen und 24 865 Aushilfsstellen. Den gewerblichen Stellenvermittlern wurden dadurch etwa 25 000 Mark Stellenvermittlungsgelder entzogen.

Zwischen Sattler- und Portefeuilerverband scheint es zu einer Verschmelzung zu kommen.

In der Nahrungsmittelindustrie dagegen ist die Verschmelzung zu einem Industrieverband vorläufig gescheitert. Im Brauerverband wurde in ablehnendem Sinne votiert. Der Bäckerverband erklärte nun, daß für ihn die Frage erledigt ist, und die Fleischer tun desgleichen. Doch ist auch hier aufgeschoben nicht aufgehoben, zumal da in allen Verbänden Freunde der Verschmelzung vorhanden sind.

Auf einer internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, die im August in Zürich stattfand, meinte der Zentrumsabgeordnete Giesberts, die Neutralität der christlichen Gewerkschaften bedeute nicht, daß der einzelne Gewerkschaftler politisch versimpelt solle. Wer sich wirtschaftlich betätige, müsse auch auf politischem Gebiet seinen Mann stehen. Den Christlichen wird schon auch die Erkenntnis aufgehen, daß wirtschaftliche Organisation ohne parlamentarische Vertretung durch eine politische Partei ein Messer ohne Griff ist.

Die Direktion der Schallplattenfabrik "Favorite", Hannover-Linden beschäftigt organisierte Arbeiter nicht. Die Arbeiter müssen durch Revers erklären, daß sie keiner Organisation angehören. Wird der Direktion bekannt, daß dennoch ein Arbeiter organisiert ist, so fliegt er ohne weiteres aufs Pflaster. Wir bitten die Partei- und Gewerkschafts-genossen allerorts, dies beim Einkauf von Grammophon-Schallplatten Marke "Favorite" zu beachten.

Fabrikarbeiterverband. Jahressitz Hannover.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Der Verein der Hausangestellten Stuttgarts hielt am 23. August eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Kömpf hielt einen Vortrag über die "Kranken- und Invalidenversicherung", der mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion wurden einige Fragen an den Referenten gerichtet. Genossin Borhöfizer forderte die Mitglieder zur fleißigen Arbeit für den Verein auf, damit dieser die nötige Macht erhalte, um seine Aufgabe, den Hausangestellten ein besseres Leben zu erkämpfen, lösen zu können. In der Versammlung traten der Organisation mehrere neue Mitglieder bei.

Die Quittung der Berliner "Gesellschaft" über die Dienstbotenbewegung. Nichts bestätigt besser den Einfluß, den die Dienstbotenorganisation auf die Hausangestellten gewinnt, als die lebhafteste Erörterung, welche die Dienstbotenfrage in den Spalten der gutgesinnten Blätter erfährt. Freilich: diese Erörterung ist im allgemeinen auch danach, nicht sehr oft erhebt sie sich über das Niveau des Klatsches, mit dem die gnädigen Frauen bei Kaffeekränzchen und in Teetischen über ihre Dienstboten herziehen, und noch seltener zeigt sie ein tieferes Verständnis für die Lage dieser Ausgebeuteten und die ganze Dienstbotenfrage. Die "Not mit den Dienstboten" ist meist das Thema, das in zahllosen Variationen behandelt wird. Werden doch "diese Personen", die der allgütige Schöpfer oder die weiße Mutter Natur zum Dienen geboren werden ließ, tagtäglich begehrt. Was verlangen sie nicht alles, seitdem sie davon hören, daß ein "sozialdemokratischer" Verein — wie entsetzlich, liebe Frau Geheimrat! — von dem Recht der Hausangestellten redet und in ihrem Namen Forderungen erhebt. Wie man

der „Not der Herrschaften“ abhelfen könne, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die klügsten Damen lässeln etwas vom Entgegenkommen an die „berechtigten“ Ansprüche der Dienenden, wobei natürlich nur die Herrschaften zu entscheiden hätten, was eben „berechtigt“ wäre. Es liegt auf der Hand, daß die „ungebildeten Mädchen“ das nicht verstehen. „Blockstein“ sind die bürgerlichen Debatter über die Dienstbotenfrage in ihrer entschiedenen Abneigung gegen die Aufhebung der vorweltlichen Gesindeordnungen und die Unterstellung der Hausangestellten unter die Gewerbeordnung. Zu dieser Frage nahm kürzlich ein Regierungsrat Dr. Leo in der „Sozialen Praxis“ Stellung. Er kam zu folgenden erstaunlichen Schlüssen: Die Nacht liegt nicht mehr auf seiten der Hausfrauen, sondern bei den Dienstboten. In keinem Verufe haben sich die Arbeitsbedingungen gehoben und sind die Leistungen so heruntergegangen, wie im Dienstbotenstand. Die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf die Dienenden muß zurückgewiesen werden, denn Gewerbeordnung heißt Gewerbeaufsicht, Kontrolle sämtlicher in Deutschland bestehenden Haushaltungen durch die Gewerbeinspektion“. Der von dem Schredgespenst dieser Kontrolle geängstigte Herr schlägt als das „notwendige Gegengewicht“ — Hausfrauenorganisationen vor. Von anderer Seite sind in Berlin „zwanglose Zusammenkünfte der Dienstmädchen und Hausfrauen“ angeregt worden. Die guten Dienstmädchen sollen bei diesen Gelegenheiten ihr verdrücktes Herz in den verständnisvollen Busen der Damen ausschütten können. Es fehlt nicht an anderen Vorschlägen ähnlicher Art, in denen sich das schlechte Gewissen der Herrschaften regt und ihr Wunsch, sich möglichst willige und billige Dienstboten zu erhalten. Der unversöhnliche Gegensatz der Interessen zwischen den Herrschaften und Dienenden tritt darin zutage. Nur dank ihrer eigenen Erkenntnis und Kraft, die in der Organisation zum Ausdruck kommt, werden sich die Hausangestellten menschenwürdige Arbeitsbedingungen erringen.

E. U.

Wie dringend not die Organisierung der Dienstboten in Stuttgart war, wird durch die nachstehenden Zahlen erhärtet, die wir einer recht lehrreichen Enquete entnehmen, welche Dr. A. Otto Reher über die Lage der weiblichen Dienstboten in der genannten Stadt im Hochsommer von 1907 vorgenommen hat. Von 500 ausgegebenen Fragebogen wurden 224 beantwortet. 80 Prozent der Mädchen, welche Auskunft über die Frage nach der Zahl der üblichen Arbeitsstunden am Tage gaben, leisteten deren 14 und mehr, und Dr. Reher kommt auf Grund der übrigen Feststellungen zu dem Schlusse, daß 80 Prozent der in Frage kommenden Mädchen „keinen Anspruch auf einen achtstündigen ununterbrochenen Schlaf“ haben. Die Monatslöhne für die langen Arbeitszeiten stellten sich wie folgt: 15 Prozent der Dienstboten hatten 10 Mk. und weniger; 88 Prozent mehr als 10 bis 15 Mk. inklusive; 88 Prozent mehr als 15 bis 20 Mk. und 10 Prozent von mehr als 20 bis 30 Mk. Nur 3 Dienstmädchen erhielten einen noch höheren Lohn, den Reher in punkto niedriger Bezahlung schlug eine Herrschaft, die ein 14-jähriges Rinder mädchen für 15 stündige tägliche Arbeitszeit mit 8 Mk. im Monat entschädigte. Das arme Ding erhielt außerdem nicht einmal allsonntäglich Gelegenheit zum Kirchenbesuch, Herrendienst ging vor Gottesdienst. Da die Fragebogen an Mädchen ausgeteilt wurden, die sich Sonntagnachmittags in den Stuttgarter Dienstbotenheimen versammelten, so hat die Enquete — wie der Verfasser richtig hervorhebt — im allgemeinen nicht die schlechtesten Verhältnisse durch Stichproben beleuchtet. Was sie nachweist, bestätigt, daß die Dienstboten sich selbst helfen und in Organisationen zusammenschließen müssen.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Schirmindustrie. In der Berliner Schirmindustrie sind 1200 Frauen und Mädchen beschäftigt, darunter solche, die kaum den Kinderschuhen entwachsen sind. Die Lage dieser Arbeiterinnen ist eine äußerst ungünstige. Um die männlichen gelernten Arbeiter auszusuchen, geht das Unternehmertum immer mehr darauf aus, junge Mädchen einzustellen. Diese billigen und willigen Ausbeutungsobjekte sollen auch dazu dienen, die Ausbreitung und Machtentfaltung der Arbeiterorganisation zu unterbinden. So werden in letzter Zeit die Schirmfabriken mit den modernsten Erzeugnissen der Technik ausgerüstet, die es ermöglichen, ungelernnte, jugendliche Arbeitskräfte zu verwenden. Präsmaschinen läßt man von Mädchen im 15. bis 16. Lebensjahr bedienen, deren Eltern beim Engagement vorgelunkert wird, es handle sich um ganz leichte und ungefährliche Arbeiten. Daß dies nicht zutrifft, beweist schon die Tatsache, daß die Mädchen sich fürchten, an die Maschinen heranzugehen. Für diese Arbeit erhalten sie wöchentlich den königlichen Lohn von sage und schreibe 7 Mark.

In erster Linie kommt hier die schwerreiche Firma Remal & Silber in Betracht, wo ein Werkführer den jugendlichen Arbeitskräften die Geheimnisse der Schirmindustrie begreiflich macht. Bei dieser Firma verunglückte ein junges Mädchen an einer sogenannten Präse; die Schutzvorrichtungen fehlten an der Maschine. Der besagte Werkführer, offenbar ein Gemütskranke, erklärte der Verunglückten, sie brauche den Unfall gar nicht anzumelden, übrigens arbeite sie nicht bei der Firma Remal & Silber, sondern bei ihm, dem Werkführer. Der Mann verdient den Orden für treue Dienste.

Ungemein traurig sind auch die Verhältnisse der erwachsenen Arbeiterinnen, die fast durchweg Heimarbeit betreiben. Die Schirmnäherinnen kennen nur Saisonarbeit.

In der Zeit des Geschäftsganges müssen sie schuften bis zur Verknüpfung. Es sind uns Fälle bekannt, wo sich die Nachbarn über Schirmnäherinnen beschwerten, weil die Maschine die ganze Nacht hindurch ratterte. Stundlang müssen die Näherinnen bei der Ablieferung warten, bei dem kleinsten Fehler, der entdeckt wird, erhalten sie die Arbeit wieder zurück. Fahrgeld, Garn und Feuerung zum Trocknen und Dämpfen der Schirme geht vom Verdienst ab. Außerdem erfordert die Arbeit, die Dämpfe und Feuchtigkeit entwickelt, besondere Arbeitsräume, ein Umstand, der bei den Berliner Wohnungsverhältnissen wesentlich ins Gewicht fällt.

Die Maschine, die in der Regel auf Abzahlung entnommen ist, muß nach 2 bis 3 Jahren durch eine neue ersetzt werden. Eine Arbeiterin, deren 13-jähriger Sohn mitarbeitet und deren Mann außerdem während der Mittagspause und nach Feierabend mithilft, verdient 14 bis 18 Mk. in der Woche, und die Frau arbeitet nachts bis 1 Uhr. Eine bessere, geschickte Arbeiterin, die für eine Firma Muster herstellt, bringt es wöchentlich auf 7 Mk. Die Firma erhält auf die hübschen Muster große Aufträge und steckt den hohen Gewinn in die Tasche. Daß Löhne wie die angeführten Sorgen, Hunger, leibliche und geistige Verklümmung bedeuten, liegt auf der Hand. Der Kapitalismus treibt fühllos, gewissenlos Raubbau mit der Volkskraft. Und da gibt es noch politische Mondscheinschwärmer, die von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, vom „Ausgleich und der Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen“ fasziniert sind. Der Kapitalismus lacht sich ins Häutchen ob dieser Narren (oder sind es bewußte Betrüger?). Für die Arbeiter und Arbeiterinnen heißt es: sich zusammenschließen zu einer kompakten Masse und die gewerkschaftlichen Organisationen ausbauen! Aber auch deren Kraft allein reicht nicht aus, sie gegen die kapitalistische Raubbau zu schützen. Auch die Gesetzgebung muß diese zügeln. Das geschieht aber nur, wenn das Proletariat geschlossen als politische Partei zusammensteht unter dem Banner des Sozialismus. Die geschilderten Zustände zeigen dem rückständigsten Arbeiter, daß auch die Frauen und die jugendlichen Proletarier dem organisierten Kampf der Arbeiterklasse zugeführt, für den Sozialismus gewonnen werden müssen. Emil Unger.

Frauenstimmrecht.

I. K. Das Frauenstimmrecht in Dänemark. Es ist leider nicht gelungen, den von der Sozialdemokratie in der vorigen Reichstagsession vorgelegten Gesetzentwurf über das politische Frauenstimmrecht zur Annahme zu bringen. Dagegen hat ein kommunales Wahlgesetz Billigung gefunden, welches zwar in nicht wenigen Punkten sehr reaktionär ist, doch gleichwohl insofern einen Fortschritt bedeutet, als es den Frauen das Wahlrecht und die Wahlbarkeit zu den kommunalen Vertretungen einräumt. Das neue Wahlgesetz tritt nächstes Jahr in Kraft, und die erste Wahl, die seinen Bestimmungen entspricht, findet im ganzen Lande im Monat März statt, und zwar auf Grund des Proporzess. Von seiten der sozialdemokratischen Partei wird bereits jetzt selbstredend eine energische Agitation betrieben, um die Frauen den Wahlvereinen als Mitglieder zuzuführen. Die Partei hat von jeher auch die Frauen in ihre Organisation aufgenommen, aber da sie kein Wahlrecht besaßen und als Folge davon kein starkes politisches und kommunales Interesse betätigten, war die Zahl der politisch organisierten Genossinnen nicht sehr groß. Das neue Wahlgesetz gibt den Anstoß, daß in dieser Beziehung die Dinge sich ändern werden. Der Besitz des Wahlrechts wird auch breite Frauenmassen zum Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten erwecken. Wir hoffen daher, daß die Partei noch vor den Wahlen einen erheblichen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern erfährt, ebenso wie, daß ihre Position in den kommunalen Vertretungen durch die Wahl gekräftigt werden wird. Die deutschen Genossinnen haben durch die „Gleichheit“ bereits erfahren, daß die dänischen Frauen schon einmal das Wahlrecht ausgeübt haben, nämlich bei der Wahl der Vorstände zu den sogenannten Hülfsklassen. Die dafür geltenden Bestimmungen über Stimmrecht, Wahlbarkeit und Wahlverfahren sind dieselben, wie sie das neue kommunale Wahlgesetz vorsieht. Bei den Wahlen der Vorstände im verfloffenen März wurde eine bedeutende Anzahl Frauen gewählt, und zwar hauptsächlich auf sozialdemokratischen Listen. In der überwiegenden Anzahl der circa 1100 Gemeinden des Landes wurden eine oder mehrere Frauen in die Vorstände der Hülfsklassen entsendet (in der Regel bestehen die Vorstände aus drei oder fünf Mitgliedern, in vereinzelten Fällen jedoch auch aus mehr), und in verschiedenen Orten amtieren Frauen als Vorstände. Die dänischen Frauen erhalten derart Bürgerrechte, welche ihnen gebühren, und wir hoffen, daß es nicht allzu lange anstehen wird, daß sie auch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht sowohl auf kommunalem wie auf politischem Gebiet erlangen werden. Th. Stauning-Kopenhagen.

I. K. Eine energische Agitation für das Frauenstimmrecht betreiben die Genossinnen von Chicago. Jede Woche halten sie in den Straßen der Stadt Versammlungen ab, bei denen die besten Rednerinnen und Redner der Partei vom sozialistischen Standpunkt aus die Forderung vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht begründen, wie überhaupt die Frauenfrage beleuchten. Die Versammlungen sind bis jetzt sehr gut besucht gewesen und haben einen prächtigen Verlauf genommen, obgleich die kapitalistische Presse schamlos gegen sie gehet hat.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten. Der in Chicago erscheinende „Daily Socialist“, das Organ unserer Englisch sprechenden Genossen in Amerika, enthält einen Artikel von Genosin Strickland über die sozialistische Agitation in englischer Sprache unter den amerikanischen Frauen. Trotz der bekannten Selbständigkeit der Amerikanerinnen haben doch auch unsere amerikanischen Genossen die Erfahrung gemacht, daß sehr viele Frauen entweder zufolge vieler Arbeit nicht in der Lage oder aber zufolge ihrer Rückständigkeit nicht gewillt sind, Versammlungen zu besuchen. Das Interesse der sozialistischen Bewegung, die Frauen für sich zu gewinnen, spornte zu eifrigen Bemühungen an, trotz der hervorgehobenen ungünstigen Umstände, die indifferenten Frauen politisch aufzuklären und dadurch in den Bannkreis der sozialistischen Ideen zu bringen. Für die Aufklärung und Organisierung der Arbeiterinnen ist schon lange rühmig gewirkt worden, dagegen geschah bis vor kurzem wenig, um auch die Hausfrauen der sozialistischen Bewegung zuzuführen. Unsere Genossen in Anderson (Indianap.) haben nun einen sehr aussichtsreichen Anfang gemacht, auch diese zu guten Sozialistinnen zu erziehen. Sie veranstalteten wöchentliche Zusammenkünfte, an denen regelmäßig 20 bis 30 Frauen teilnahmen. Es wurde dort zunächst mit dem Lesen und Erklären von ganz einfachen Artikeln aus der Tagespresse der Partei angefangen, später wurden Vorträge ausgearbeitet, an die sich Diskussionen knüpften usw. Es gelang auf diese Weise, eine ganze Reihe von tüchtigen Rednerinnen auszubilden. Als ausgesprochener Zweck der Zusammenkünfte wurde erklärt, die Frauen in den Sozialismus einzuführen. Jede Frau, die mit dem Zweck der Vereinigung einverstanden ist, kann vollberechtigtes Mitglied werden. Erfreulich ist, daß an den Zusammenkünften auch Frauen teilnahmen, die sich große Opfer auferlegen mußten, um sich bilden zu können. Die Vereinigung hat schon eine recht lebhaft propagandistische unter den Frauen entfaltet. Die Partei hat eine Genosin als Organisatorin, zwei andere Frauen als Schilfsinnen derselben angestellt, damit sie unter den Frauen des Staates eine planmäßige Tätigkeit zur Aufklärung und Organisierung entfalten. J. B. Uster.

I. K. Wie wertvoll die Mitarbeit der Frauen in der sozialistischen Bewegung ist, darüber urteilt Genosse Debs, der Kandidat der sozialdemokratischen Partei für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten, in dem „Daily Socialist“ wie folgt: „Meine Beobachtung hat mich gelehrt, daß unsere Bewegung dort am stärksten ist, wo die Frauen sich am meisten an ihr beteiligen. Da unsere Bestrebungen der Menschheitsbefreiung gelten und unsere Partei die einzige ist, welche die Frau als Vollmensch anerkennt, sollten wir soviel als möglich bestrebt sein, die Frauen zu gewinnen, damit sie ihre Stimme erheben können im Namen des Sozialismus, dessen Verwirklichung auch die Emanzipation der Frau bedeuten wird.“ Diese Sätze, die eine ehrende Anerkennung der Leistungen unserer amerikanischen Schwestern sind, stehen in einem Ausruf, in welchem Genosse Debs die Genossinnen auffordert, ihre volle Kraft in den Dienst der sozialdemokratischen Wahlkampagne einzusetzen.

Quittung.

Bei der Unterzeichneten gingen für den Agitationsfonds der Genossinnen im Monat Juni folgende Beiträge ein: Auerbach i. Erzgeb. durch Genosin Barth 4,55 Mk.; Braunschweig durch Genosin Jürgens 40 Mk.; Bucher Mauerblümchen 3 Mk.; Jastrow durch Genosin König 5 Mk.; Köppelsdorf i. S.-M. durch Genosin Frey 22 Mk.; Karlsruhe 2. Dz. 10 Mk.; Nordham durch Genosin Harms 19,70 Mk.; Raumburg a. S. durch Genosin Neumann 4,75 Mk.; Stendal 12,68 Mk. Summa: 141,68 Mk.

Im Monat Juli liefen ein aus: Apolda durch Genosin Leutert 12 Mk.; Blumenthal durch Genosin Vogt 5 Mk.; Düsseldorf durch Genosin Kähler von den Genossinnen des Niederrheins 78,75 Mk.; Dessau durch Genosin Franz Sens 20,80 Mk.; Dortmund durch Genosin Ley 20 Mk.; Erfurt durch Genosin Kniese 6 Mk.; Eilenburg durch Genosin Köhle 7,04 Mk.; Flensburg durch Genosin Holl 40 Mk.; Gießen durch Genosin Beckmann 9,75 Mk.; Gera-Debschütz durch Genosin Schneider 20 Mk.; Glauchau durch Genosin Lemler 15 Mk.; Hamburg durch Genosin Zieh 350 Mk.; Kehn durch Genosin Krumnow 2,46 Mk.; Potsdam durch Genosin Kiesel 6,24 Mk.; Rothenbach i. Schl. durch Genosin Böhm 5,80 Mk.; Rendsburg durch Genosin Thiel 4 Mk.; Schwiebus durch Genosin Schneider 5 Mk.; Schiffbeck durch Genosin Blume 6 Mk.; Stredau bei Luckenau durch Genosin Hennemann 85 Mk.; Sandberg, Post Altwasser, durch Genosin Sporer 16 Mk.; Sonneberg durch Genosin v. d. Wehd 25 Mk.; Leuchtern 27,20 Mk.; Vegesack durch Genosin Reiche 10 Mk.; Winterbed durch Genosin Buttman 22 Mk.; Wandlbeck durch Genosin Rabenstein 8 Mk.; Zerbst durch Genosin Fräßdorf 11,54 Mk.; Zellerfeld durch Genosin Schropp 4,56 Mk. Summa: 822,94 Mk.

Dankeb quitiert:

Ottilie Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Zur Beachtung!

Wegen Raummangel mußten zurückbleiben ein Agitationsbericht von Genosin Zieh und ein Bericht über den sozialdemokratischen Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck von Genosin Baumann.

